

# DIE ALTERNATIVE



## „WIR VERZICHTEN NICHT“

VON – MIT – FÜR FRAUEN •  
BAUSTELLE SCHULREFORM •  
KRISEN-GEWINNLER

Herausgegeben von



Juni/Juli 2009

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558

Wien:

## Unabhängigen GewerkschafterInnen am 1. Mai



Einladung zur  
**Konferenz der Unabhängigen  
GewerkschafterInnen im ÖGB**  
im Rahmen des ÖGB-Bundeskongresses

30. Juni 2009, 9 Uhr, Saal Schubert 4+5,  
Messe Wien, 1020 Wien, Messeplatz 1

► **9 Uhr: Sozialpartnerschaft in Österreich – Herausforderung  
für Unabhängige GewerkschafterInnen?**

Die Sozialpartnerschaft erlebt nach Jahren der schwarz-blauen Regierung ein Comeback. Wesentliche Ministerien sind sozialpartnerschaftlich besetzt. Die Sozialpartner sind wieder voll in die Regierungsarbeit integriert – der ÖGB ist stolz darauf, wieder „mitzuregieren“. Kritik an sozialpartnerschaftlichen, oft intransparenten Ausverhandlungsprozessen, an Demokratiedefiziten in der Sozialpartnerschaft, am institutionalisierten „Klassenkompromiss“ sind heute deutlich weniger vernehmbar als noch in den 1980er und 1990er Jahren. Wo steht die Sozialpartnerschaft heute? Erlebt sie tatsächlich eine „Wiederauferstehung“? Und wie stehen wir als UG zur Sozialpartnerschaft?

Einen inhaltlichen Impuls zur Sozialpartnerschaft liefert uns *Emmerich Talos, Politikwissenschaftler und Sozialpartnerschaftsexperte*. Und anschließend freuen wir uns auf eine anregende Diskussion

► **11.30 Uhr: Generalversammlung** des Vereins „Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB“ mit Wahlen des Vorstandes, Bestellung unserer Mitglieder für die ÖGB-Gremien und der RechnungsprüferInnen

► **14 Uhr: Vorbereitung des ÖGB-Kongresses**, unseres Auftretens und unserer Wortmeldungen.

Um 18 Uhr ist die Eröffnung des ÖGB-Bundeskongresses.

5.–10. Juli 2009, 26. Internationale  
Sommerakademie, Burg Schlaining:

## Söldner, Schurken, Seepiraten

Von der Privatisierung der Sicherheit  
und dem Chaos der „neuen“ Kriege.

Vortragende: Johannes M. Becker (Uni Marburg), Anna Geis (HSFK Frankfurt), Gerhard Haderer (Karikaturist), Hans-Joachim Heintze (Uni Bochum), Monika Heupel (Freie Uni Berlin), Margret Johannsen (ISFH Hamburg), Gertrud Klaffenböck und Sophie Veßel (FIAN), Karin Kneissl (Journalistin), Sabine Kurtenbach (GIGA Hamburg), Peter Lock (EART Hamburg), Ueli Mäder (Uni Basel), Birgit Mahnkopf (FH Wirtschaft und Recht Berlin), Volker Matthies (Uni Hamburg), JJ Messner (International Peace Operations Association, Washington DC), Harald Müller (HSFK Frankfurt), Michael Pittwald (Osnabrück), Elfriede Schachner (VIDC), Erwin Schmidl (LAVAK), Wolfgang Schreiber (AKUF Hamburg), Magda Seewald (VIDC), Peter Strutynski (Uni Kassel, Jürgen Wagner (IMI Tübingen), Andreas Zumach (Journalist) u.v.a.

Themen u.a.: Konflikte der Zukunft; Kriegsgeschehen unter den Vorzeichen der Globalisierung; Kontroverse über die „neuen“ Kriege der Gegenwart; Piratenjagd am Horn von Afrika; Rolle von Kindern und Jugendlichen in bewaffneten Konflikten; Rolle privater Sicherheitsfirmen in Konflikten und Kriegen; Kriegsökonomie und Gewaltwandel in Lateinamerika; Was lehrt uns der Gaza-Krieg?; Gender – Macht – Konflikt in Israel und Palästina; Humanitäre Organisationen in Konfliktgebieten; Neue Herausforderungen für die UNO; Die Gewaltökonomie der „neuen“ Kriege; Welche Diplomatie für welche Kriege?; Strategien und Antworten der Zivilgesellschaft für die Kriege von Morgen.

Teilnahme: 50 Euro (25 ermäßigt). Unterbringung: in Hotel, Gästehäusern oder kostenlose Nächtigung. Vollständiges Programm und weitere Hinweise: [www.aspr.ac.at/sak.htm](http://www.aspr.ac.at/sak.htm)

Veranstalterin: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung.  
Büro Wien: Mag. Dr. Thomas Roithner,  
Wiedner Gürtel 10, A-1040 Wien,  
Tel. (01) 796 99 59, Fax: (01) 796 57 11,  
E-Mail: [roithner@aspr.ac.at](mailto:roithner@aspr.ac.at)

# DIE ALTERNATIVE

IM JUNI/JULI

## GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Arbeiterkammer-Wahl: Rechte Krisengewinnler . . . . .	Seite 4
Bundesbahn: UG verdoppelt Mandate . . . . .	Seite 7
ÖGB-Frauenkongress: Von – mit – für Frauen . . . . .	Seite 8
Recht: Einvernehmliche Auflösung, typische Fallen . . . . .	Seite 11
13. Mai: Wir verzichten nicht . . . . .	Seite 12
Kindergärten: Hilfe zur Selbsthilfe . . . . .	Seite 14
Demonstration: Put the people first . . . . .	Seite 18
ÖGB-Bundeskongress: Es wäre dringend . . . . .	Seite 19

## MAGAZIN

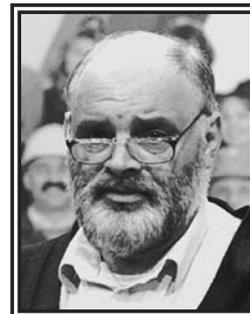
Autoindustrie: Krisenblitzlichter . . . . .	Seite 20
FAAUFPÖ: Rechte Spaltpilze . . . . .	Seite 22
Baustelle Schulreform . . . . .	Seite 25

## INTERNATIONAL

Schweiz: Was soll Bildung? . . . . .	Seite 30
--------------------------------------	----------

## SPEZIAL MUCH

. . . . .	Seite 16
-----------	----------



EDITORIAL  
von Alfred Bastecky

## LICHTERKETTE

*Eigentlich wollte ich mich an dieser Stelle einmal ordentlich ausschleimen: über das politische Klima in diesem Land. Über den schrecklichen EU-Wahlkampf. Über die unerträglichen Plakate der blauen Hassprediger, einen ebenso unerträglichen Nationalratspräsidenten, der das Volk gemeinsam mit seinem kongenialen Parteichef unentwegt für blöd verkauft und dafür noch bejubelt wird. Über die Koalitionsparteien, die diesen Mann gewählt haben und jetzt so tun, als wäre er vom Himmel in diese Funktion gefallen. Und über uns alle, die wir diesem Treiben eher einfalls- und tatenlos zusehen.*

*Zwei Dinge haben mich davon abgehalten. Zum einen die Texte von Thomas Kerschbaum („Rechte Spaltpilze“) und Markus Koza („Rechte Krisengewinnler“). Zum anderen ein wenig naivspontaner, aber wohlthuender Aufruf zu einer Lichterkette um das Parlament am 18. Juni. Ich weiß, dass es für eine Mobilisierung über die Alternative zu spät ist. Und ich weiß auch, dass die Aktion nicht der Weisheit letzter Schluss gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus ist.*

*Trotzdem war der Aufruf wohlthuend für meine politisch-verletzte Seele: „Österreich 2009: Wahlkämpfe mit Hetzplakaten an jeder Straßenecke, gezielte Fehlinformationen durch rechte Parteien und manche Medien, rechtsextreme Burschenschafter in hohen Ämtern und Institutionen, tätliche Angriffe auf KZ-Opfer ... alles ganz normal ...*

*Normal? Ärgern allein hilft nicht ...“*

**IMPRESSUM** Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 Die „Alternative“ ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Die Arbeiterkammerwahlen sind zu Ende. Das Ergebnis: Schwere Verluste für die FSG. Leichte Zugewinne für ÖAAB und AUGE/UG.

Die Wahlsieger stehen allerdings bedauerlicherweise weit rechts.

Von Markus Koza.

# RECHTE KRISEN-GEWINNLER

Mit den AK-Wahlen in Wien und Niederösterreich ist der Wahlmarathon zu Ende gegangen. Von über 2,6 Millionen Wahlberechtigten haben knapp über 1,1 Millionen ihr Wahlrecht genutzt. Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zur AK-Wahl 2004 von 48,79 auf 43,34 Prozent gesunken.

## BUNDESWEITES ERGEBNIS

- Die dominierende FSG (Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen) haben deutliche Verluste hinnehmen müssen. Sie fallen von 63,41 auf 55,81 Prozent, verlieren 56 Mandate und halten nun 483 Mandate.
- Die konservative Fraktion ÖAAB-FCG legt von 23,73 auf 24,94 Prozent zu, gewinnt 6 Mandate und liegt nun bei 212 Mandaten österreichweit.
- Deutliche Gewinne setzte es – wie zu befürchten war – für die Freiheitlichen (FA): Sie konnten ihr Ergebnis von 4,9 auf 8,71 Prozent 2009 verbessern, gewannen so 26 auf 67 Mandate dazu.



**MARKUS KOZA**  
IST UG-VERTRETER IM  
ÖGB-BUNDESVORSTAND  
UND MITARBEITER DER  
AUGE/UG IN WIEN.



## AUGE/UG: ERSTMALS DIREKTMANDAT

Gewinne setzte es auf Bundesebene glücklicherweise auch für die Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG). Wir konnten unser Ergebnis geringfügig um 0,33 Prozent auf 4,68 Prozent verbessern und um 5 Mandate auf 38 Mandate zulegen. Auch 2009 sitzt die AUGE/UG wieder in allen Länderarbeiterkammern. Über Wien wurde erstmals ein stimmberechtigtes Direktmandat in der Bundesarbeiterkammer errungen. Stimmen- und Mandatzugewinne gab es für die AUGE/UG in Salzburg, der Steiermark und Wien. Leichte Stimmengewinne konnte die AUGE/UG in Vorarlberg, Oberösterreich und Kärnten verzeichnen. Praktisch gleich geblieben sind die AlternativgewerkschafterInnen in Tirol. In Burgenland und in Niederösterreich musste die AUGE/UG doch etwas höhere Stimmverluste hinnehmen – in Niederösterreich vor allem aufgrund einer grünen Gegenkandidatur.

## ERFOLG BEI WIENER WAHL

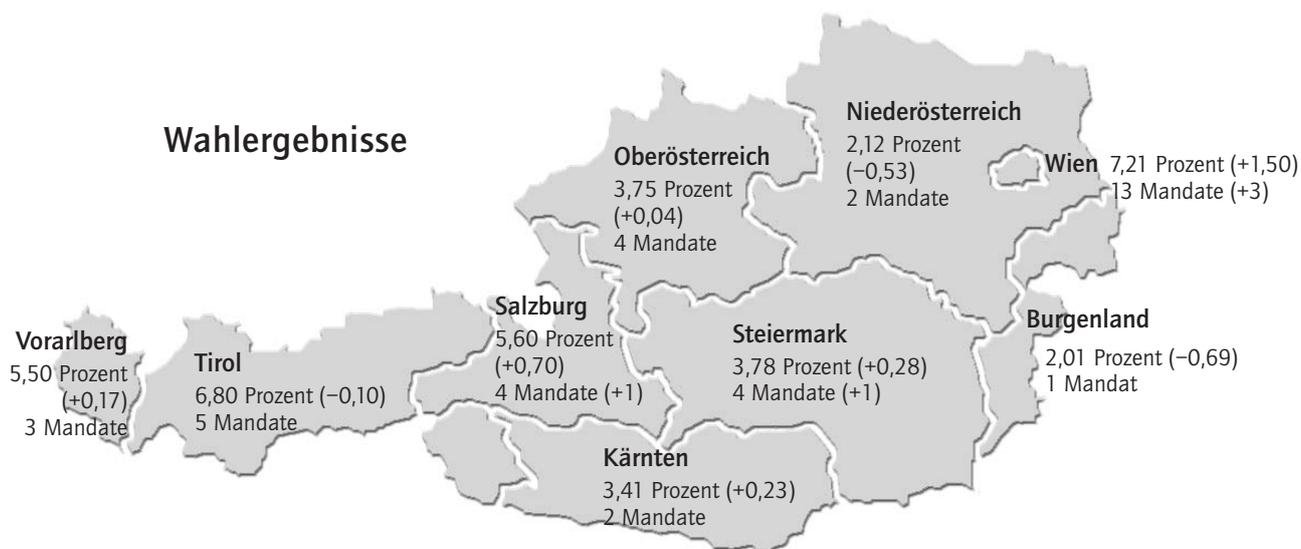
Mit 7,21 Prozent (13 statt bisher 10 Mandate) erzielt die AUGE/UG in

Wien das beste Ergebnis, das eine AUGE/UG-Gruppierung je zu einer Länderarbeiterkammer erreicht hat. Der AUGE/UG-Erfolg in Wien ist vor allem auch ein Erfolg der zahlreichen unabhängigen BetriebsrätInnen und KandidatInnen aus allen UG-Bereichen (AUGE/UG, UGöD, KIV/UG, UG Vida), die einen enormen Wahlkampfeinsatz



gezeigt haben. Entsprechend deutliche Zugewinne gab es für die AUGE/UG bzw. für die UG-Wien in ihren „Hochburgen“ mit starker betriebsrätlicher Verankerung: An den Universitäten, in den ausgegliederten Bereichen des Bundes, im kommunalen und privaten Sozialbereich, in den IT-Betrieben, im Banken-, Medien- und Kulturbereich. Von den 13 neuen Wiener AK-RätInnen kommen 6 aus der AUGE/UG, 2 aus der KIV/UG, 2 aus der UG Vida und 3 aus der UGöD. Bei den BriefwählerInnen konnte die AUGE/UG ih-

## Wahlergebnisse



ren Stimmenanteil von knapp über 6 auf 8,4 Prozent deutlich erhöhen.

Der Wermutstropfen: die ebenfalls wieder kandidierende Liste „Grüne Arbeitnehmer“, die Liste der nicht existenten, weitest unbekanntesten und politisch vollkommen irrelevanten konservativen Partei „Bürgerliche Grüne Österreichs“, ein Familienbetrieb – Vater, Mutter, Kinder und Schwägerin besetzen hier die ersten fünf Listenplätze – konnte ihren Stimmenanteil einmal mehr auf Kosten der AUGÉ/UG erhöhen: sie legte von 4 auf 6 Mandate zu. Wieder jede Menge „grüner“ Verwechslungsstimmen ...

### NÖ: AUGÉ/UG STÄRKER ALS PARTEIGRÜNE LISTE

Die AUGÉ/UG hielt ihre zwei Mandate in Niederösterreich (2,12 Prozent der Stimmen) und liegt dort klar vor den Grünen ParteigewerkschafterInnen, die von der Landesorganisation der NÖ Grünen gegen die unabhängige AUGÉ/UG ins Rennen geschickt worden ist. Trotz eines enormen finanziellen Mitteleinsatzes (darunter „unser“ AUGÉ/UG-Fraktionsgeld der letzten Periode, das die grünen SpalterInnen im Rahmen ihrer Loslösung mitgenommen hatten – tja, von Geld löst es sich nun mal schwerer, als von einer politischen Bewegung) erzielte die parteigrüne Liste nur knapp zwei Mandate (1,81 Prozent der Stimmen) und rund fünfhundert Stimmen weniger als die AUGÉ/UG. Die

AUGÉ/UG ist in Niederösterreich vom fünften auf den vierten Platz vorgeückt. In Wien und Salzburg ist die AUGÉ/UG dagegen vom dritten auf den vierten Platz gerutscht. Lediglich in Tirol konnte die AUGÉ/UG den dritten Platz halten. Grund: Dramatische Zugewinne der Freiheitlichen.

### SORA-STUDIE

Sinkende Wahlbeteiligung trotz Krise und enormen Drucks auf ArbeitnehmerInnen, hohe FSG-Verluste, starke FA-Gewinne. In Wien haben die Frei-

die bereits jetzt die Zeche für die Krise zu zahlen haben, wählen rechts: So haben 39 Prozent der Arbeiterkammer-Wahlberechtigten, die in letzter Zeit Lohnverluste hinnehmen mussten (immerhin zehn Prozent aller Wahlberechtigten – Kurzarbeit, Reduktion der Überstunden, Lohnverluste durch Arbeitsplatzwechsel) freiwillig gewählt. Jene, die keine Verluste hinnehmen mussten, nur zu neun Prozent. In Betrieben, wo bereits ArbeitnehmerInnen gekündigt wurden – dreißig Prozent aller Arbeiterkammer-Wahlberechtigten arbeiten in Unternehmen, die bereits

Personal abgebaut haben – erreichten die Freiheitlichen siebzehn Prozent der Stimmen. In Betrieben ohne Personalabbau rund zehn Prozent der Stimmen. Als ein Grund für die sinkende Wahlbeteiligung wird unter anderem die steigende Arbeitslosigkeit gesehen – und Arbeitslose müssen sich in die WählerInnen-Listen reklamieren, was allerdings die wenigsten machen.



heitlichen ihren Mandatsstand von sieben auf 22 Mandate verdreifacht.

Das Institut SORA hat die Gründe dafür gesucht (telefonische Nachwahlbefragung bei 1500 Wiener Arbeiterkammer-Mitgliedern). Das Ergebnis: Die Krise treibt der extremen Rechten die WählerInnen in Scharen zu. Jene,

### KEINE ENTSCHULDIGUNG FÜR RECHTE „PROTESTWÄHLER“

Es ist schon verblüffend: Obwohl weit über achtzig Prozent aller ArbeitnehmerInnen die Arbeiterkammer ge-

*Bitte umblättern*

rade in Zeiten der Wirtschaftskrise als besonders wichtige Institution ansehen (so SORA) wählt doch ein erklecklicher Teil von ihnen jene Fraktion, deren „Mutterpartei“ – und die Freiheitlichen Arbeitnehmer sind ja nichts anderes als ein Wurmfortsatz der Freiheitlichen Partei – tagaus tagein die Arbeiterkammern finanziell und damit politisch schwächen wollen.

Da wird eine Organisation gewählt, deren Pendant in der Wirtschaftskammer schon einmal eine Notstandsgesetzgebung, die Aushebelung von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen in Zeiten der Krise gefordert hat. Und die Freiheitlichen Arbeitnehmer sich selbstverständlich nicht durchringen konnte, diese Positionen, die an schlimmste Zeiten erinnern, klar zu verurteilen.

Und dass die Freiheitliche Bewegung mit Gewerkschaftsbewegung, mit ArbeiterInnenbewegung und den Erregenschaften derselben nichts, aber absolut nichts am Hut hat, hat sie auch nur allzu oft bewiesen. Die extreme Rechte war und ist seit jeher ein Gegner der Gewerkschaftsbewegung, der organisierten ArbeitnehmerInnenenschaft gewesen. Mehr noch: die ArbeiterInnenbewegung war der extremen Rechten seit jeher verhasst und wurde auch offensiv bekämpft.

Offensichtlich interessiert das die WählerInnen der Freiheitlichen Arbeitnehmer allerdings nicht besonders. Die Wahl von Freiheitlichen darf nicht auf „Protest“ beschränkt beziehungsweise verharmlost werden. Wer aus Protest die Freiheitlichen Arbeitnehmer oder freiheitlich wählt, wählt rechts. Er/Sie ist damit für den Aufstieg der extremen Rechten mit verantwortlich. Ob aus Protest oder aus Überzeugung ist irrelevant.

WählerInnen sind für ihr Wahlverhalten verantwortlich – und für die Folgen, die sie damit verursachen. Und eines sei den WählerInnen der extremen Rechten unter der ArbeitnehmerInnenenschaft versichert: Sie werden die Ersten sein, die die Folgen ihres Stimmverhaltens zu spüren bekommen – unter Garantie nicht zu ihrem Vorteil.

## LINKE GEWERKSCHAFTSPOLITIK GEGEN RECHTSRUCK

Auch wenn in Österreich – und hier besonders in Wien, der Steiermark und Salzburg – die Kräfte links der Sozialdemokratie (AUGE/UG sowie Gruppierungen aus dem kommunistischen Lager) Mandats-Zugewinnen verzeichnen konnten: Sie blieben weit hinter den Gewinnen der Freiheitlichen zurück. Es



hat ein sichtbarer Rechtsruck stattgefunden. Es gibt am Wahlergebnis nichts schönzureden, wie es von Teilen der FSG versucht wird: natürlich bleibt die Sozialdemokratie dominierende Kraft in der AK. Natürlich war die AK-Wahl 2004 – schwarz-blau, Pensionsreform etc. – hinsichtlich der FSG-Ergebnisse eine Ausnahmeerscheinung. Der Rechtsruck darf nicht ignoriert und verharmlost werden. Er findet statt. Und er droht weiter stattzufinden. Wenn nicht endlich ein scharfer Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vollzogen wird. Wenn weiterhin die Krisenverursacher als Krisengewinnler aussteigen und nicht endlich zur Finanzierung der Krisenbewältigung und unseres Sozial- und Bildungsstaates herangezogen

werden, wird das die Rechtsentwicklung nicht stoppen.

Die ArbeitnehmerInnen-Organisationen, Arbeiterkammern wie Gewerkschaften, sowie die Linke als Ganzes sind nun enorm gefordert. Kantige, konsequente ArbeitnehmerInnenpolitik ist nun gefragt – ohne Kompromisse gegenüber Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu machen. Gerade die gewerkschaftliche Linke muss sich offensiv der extremen Rechten in der Gewerkschaftsbewegung stellen, den gewerkschafts- und arbeitnehmerInnenfeindlichen Charakter der freiheitlichen Bewegung klar und unmissverständlich offenlegen.

Mensch darf sich nicht allzu viel Hoffnungen machen, dass eine derartige Bloßstellung der „sozialen Heimatpartei“ unmittelbar wirkt. Dazu ist die österreichische Gesellschaft – und die ArbeitnehmerInnen-

schaft ist nun mal ein Teil dieser Gesellschaft – zu konservativ und tendenziell rechts eingestellt. Mittelfristig können derartige Kampagnen allerdings durchaus Wirkung zeigen. Spannend ist zuletzt die Frage, wie sich die FSG künftig positionieren wird – schließlich gibt es sie ja durchaus, jene FSG-Spitzen, wie den Bau-Holzgewerkschafter Muchitsch, welche sich gegenüber den Freiheit-

lichen öffnen wollen und plötzlich in sozialpolitischen Positionen inhaltliche Nähen zwischen Sozialdemokratie und National-Freiheitlichen entdecken. Das lässt die Alarmglocken schrillen.

Als AUGÉ/UG werden wir jedenfalls für linke Positionen und gegen die extreme Rechte in der Arbeiterkammer kämpfen. Und als Unabhängige GewerkschafterInnen im Österreichischen Gewerkschaftsbund. Das ist einer jener zentralen Aufträge, die wir aus den Arbeiterkammer-Wahlen mitnehmen.



## MANDATE VERDOPPELT

**D**ie am 5. Juni 2009 zu Ende gegangenen Betriebsratswahlen bei den Österreichischen Bundesbahnen brachten wenig Überraschendes: Die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) konnte gegenüber der Wahl 2005 leicht zulegen und erreichte insgesamt ein Ergebnis von knapp mehr als 92 Prozent. Da blieb für alle anderen wahlwerbenden Gruppen naturgemäß nicht mehr allzuviel übrig.

Und doch: sieht man sich die Ergebnisse im Detail genauer an, wird der eine oder andere „Ausreißer“ sichtbar.

Nicht vergessen werden darf, dass in den mehr als 90 Wahlkreisen, die FSG überall kandidierte, alle anderen Gruppen aber nur in rund einem Drittel. Den Unabhängigen Gewerkschafter-

**Dieses Kunststück gelang der UG-voda bei den Betriebsrats-Wahlen der Österreichischen Bundesbahnen.**

*Von Anton Hedenig.*

Innen in der Vida/UG-Vida ist es gelungen ihre Betriebsratsmandate insgesamt mehr als zu verdoppeln. Bundesweit konnte das prozentuelle Ergebnis – inklusive der Säulen und befreundeten Organisationen – gehalten werden.

Einen herausragenden Erfolg gelang der Gruppe um Kollegen Christian Obermayer im BR-Wahlkreis DLG IS –

Betrieb 2. Mit 54,7 Prozent (!) der abgegebenen gültigen Stimmen wurden sie zur Nummer eins gewählt.

Interessant, dass alle anderen kandidierenden Gruppen, wie GLB oder FCG, weit hinter der UG-Vida im Endergebnis zu liegen kamen. Die UG-Vida hat ihren zweiten Platz bei den EisenbahnerInnen nicht nur halten können, der Abstand zu allen anderen wurde sogar noch ausgebaut.

Fazit: Die UG-Vida lebt! Es hat sich gezeigt, dass eine überparteiliche Gewerkschaftsorganisation ihren Platz innerhalb der Vida gefunden hat.

Wir danken allen KollegInnen, die sich bereit erklärt haben, sich für eine parteiunabhängige Gewerkschaftsfraktion aufstellen zu lassen. Und selbstverständlich danken wir auch allen WählerInnen.



**ANTON HEDENIG**  
IST BUNDESSPRECHER  
DER UG-VIDA.

Wahlergebnis	Stimmen	Prozent	Mandate
FSG vida	25.385	92,22	653
UG-VIDA	529	1,79	12
ULV/G UG	379	1,38	8
GLB vida	220	0,80	2
FCG	198	0,72	4
Balance	178	0,65	2
Sonstige Namenslisten	638	2,44	14

Wahlbeteiligung: 79,23 Prozent

Ein Bericht vom 16. ÖGB-Frauenkongress.  
 Von Beate Neunteufel-Zechner.

# VON – MIT – FÜR FRAUEN

## FESTREDEN

Zur Begrüßung hob der designierte ÖGB-Präsident Erich Foglar die Leistungen der Frauenabteilung der letzten Jahre hervor, das waren unter anderem die Erreichung der Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes mit drei Bezugsvarianten und die Beteiligung an der Anhebung der Zuverdienstgrenze mit Jänner 2008. Als große Erfolge des ÖGB und der Frauenabteilung bezeichnete er auch die Einführung des Mehrarbeitszuschlags für Teilzeitbeschäftigte mit Jänner 2008.

Die erste Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bezog sich auf die in ihren Ausmaßen überraschende Wirtschaftskrise und verband damit die Forderung, dass alle Anstrengungen darauf auszurichten seien, dass Menschen eine Beschäftigung mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen haben, vor allem aber sei auf die Arbeitsbedingungen der Frauen zu achten. Die überdurchschnittlich große Einkommensschere in Österreich sei vollkommen inakzeptabel und die Erklärung dafür einfach: „Diese verteufelte Teilzeit“.



**BEATE NEUNTEUFEL-ZECHNER**  
 IST UG-VERTRETERIN  
 IM BUNDESFRAUEN-  
 VORSTAND DES ÖGB.

Staatssekretärin Christine Marek sieht in der Krise auch eine Chance auf verstärkte Einforderung der Gleichstellungs- und Chancengleichheitspolitik. Eigenständigkeit und Alterssicherheit durch eigene Erwerbstätigkeit von Frauen müsse gefördert werden.

Bildungsministerin Claudia Schmied war nur anwesend, die Krise in den österreichischen Bildungssystemen wurde nicht thematisiert.

Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel meinte, dass für Frauen durch den Einsatz der Gewerkschaften viel Positives erreicht wurde, dass es aber immer noch gewaltige Unterschiede in der wirtschaftlichen Stellung von Frauen und Männern gibt.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek fordert für Frauen ein gewaltfreies, selbstbestimmtes und existenzgesichertes Leben. Sie will sich wie die ÖGB-Frauen für die echte Wahlmöglichkeit zwischen Teilzeit und Vollzeit einsetzen. Sie verbindet als einzige Rednerin unter den Festgästen Bildung und Migration in einem kurzen Statement, in dem sie die gleichen Voraussetzungen für alle Kinder schaffen will durch die Einführung der Ganztagschule. Von ihr kommt auch der Hinweis, dass bei allen guten Forderungen von Frauen auf Umsetzbarkeit und Glaubwürdigkeit zu achten sei.

Einen Gutteil der Festreden durchzog das Bekenntnis zur Quote. Von Roswitha Bachner wird beanstandet, dass die Einführung von Sanktionen bei Nichterfüllung der Quote bisher auch im ÖGB nicht durchgesetzt werden konnte. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat damit auf eine weite-

re Chance zur vorbildlichen Wirkung einer landesweit anerkannten Organisation verzichtet.

## GESCHÄFTSORDNUNG UND WAHLEN

Eine neue Geschäftsordnung wurde ohne Debatte angenommen. Was leider nicht gelungen ist, war die Durchsetzung von besonderen Minderheitenrechten. Unberücksichtigt blieb auch die Regelung einer Förderung der Partizipation von Migrantinnen in der Frauenabteilung. Gewerkschaften mit bis zu 2500 weiblichen Mitgliedern dürfen in Zukunft immerhin zwei Delegierte zum ÖGB-Bundesfrauenkongress entsenden. Von welchen Fraktionen diese Delegierten kommen werden, ist damit auch klargestellt. Intensivere Einbindung und Mitwirkungsmöglichkeiten für interessierte weibliche Nicht-Mitglieder waren zwar in Planung, wurden aber letztendlich nicht umgesetzt. Ich habe mir davon erwartet, dass dadurch die Zusammenarbeit mit NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzen, vereinfacht wird. Ein bisschen was vom vielgepriesenen Networking hätte ich mir in dieses Dokument hineingewünscht.

Der ÖGB-Frauenkongress wurde unter anderem auch einberufen, um eine neue Frauenvorsitzende zu wählen. Vor der Wahl mussten sich alle Kandidatinnen des Wahlvorschlages kurz mit ihren Hauptzielen präsentieren. Dabei wurde intensiv gelächelt und betont, dass die Fortführung der bisherigen Frauenarbeit nicht aufgegeben werden



wird, dass gegen die Einkommensschiere und für mehr Frauen in Führungspositionen gekämpft werden wird.

Die Delegierten des ÖGB-Frauenkongresses wählten Brigitte Ruprecht mit 81,68 Prozent der Delegiertenstimmen zur Vorsitzenden der ÖGB-Frauen.

Ihre Stellvertreterinnen sind

- Renate Anderl, GMTN (90,08),
- Ilse Fetik, GPA-djp (90,08),
- Monika Gabriel, GÖD (91,60),
- Christa Hörmann, GdG (91,60),
- Verena Mayr-Wiesner, GPF (80,15)
- Elisabeth Vondrasek, vida (88,55).

Auf die Bekanntgabe des Wahlergebnisses folgte der tränenreiche Teil der Veranstaltung, die Verabschiedung des soeben abgewählten Frauenpräsidiums. Renate Csörgits wurde besonders geehrt und ausgezeichnet.

Ich habe ihr im Namen der Unabhängigen Gewerkschafterinnen für ihre Fairness in der Sitzungsführung und für die großzügige Einräumung von Wortmeldungen gedankt.

## ARBEITSPROGRAMM

Vor dem Referat der neuen Vorsitzenden Brigitte Ruprecht, die sich gegen die Armut von Frauen stark machen will, beschlossen die ÖGB-Frauen ihr Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre. Einkommensgerechtigkeit, Abmilderung der Folgen der Krise auf Frauen und starke öffentliche Dienste stehen dabei im Zentrum.

Zur Beseitigung von Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern fordern die ÖGB-Frauen unter anderem die verpflichtende, systematische, transparente und geschlechtergerechte Arbeitsbewertung, um Arbeitsplätze von Frauen und Männern vergleichbar zu machen. Ein laufend aktualisierter Gehaltsrechner soll Auskunft über branchenübliche Einkommen geben, und vor allem Frauen bei Bewerbungsgesprächen unterstützen. Eine schwierige Aufgabe zur Minimierung der Gehaltsungleichheiten kann

die Durchsetzung eines „Kompetenzzentrums für die betriebliche Gleichstellung der Geschlechter“ werden.

Ein großes Kapitel mit recht allgemein formulierten Forderungen zu Gender Mainstreaming als Strategie – nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch in den Bereichen von Gesundheit und Bildung, sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, steht in einem auffallenden Kontrast zu recht knappen Artikeln zur Wirtschaftskrise, zur sozialen Absicherung von Frauen, zur Neuregelung von Steuern und zum Thema „Frauen und Armut“.

Der kreative Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird in der Praxis an den Frauen hängenbleiben. Im Forderungskatalog der ÖGB-Frauen wird der Staat aufgerufen, Krisensituationen rechtzeitig zu erkennen und entsprechend schützend vorzubeugen. Auch soll er mehr Geld für Investitio-

*Bitte umblättern*

## Wortmeldung von Linda Sepulveda-Urrejola beim ÖGB-Frauenkongress



### **Super – Bravo!**

*Ein Thema, das im Arbeitsprogramm der ÖGB Frauen fehlt, ist das Thema „Migration – Integration“. Ich möchte euch einleitend was erzählt, dann komme ich zurück aufs Arbeitsprogramm.*

*Vor zirka einem Monat war ich am Keplerplatz und sah zum ersten Mal die FPÖ-Plakate zur EU-Wahl „Abendland im Christenhand – Tag der Abrechnung“. Es lief es mir kalt den Rücken runter, ich dachte irgendwie, dass es in Österreich sowas nicht geben kann oder darf.*

*Ich bin Mitglied des Bundesausschusses von work@migration, einer Interessensgemeinschaft der GPA-djp für MigrantInnen und wir haben zu diesem Thema eine Presseaussendung gemacht, in der wir die Medien, NGOs und politische Parteien auffordern, rassistische Äußerungen in der Wahlwerbung zu unterlassen und zu verurteilen, und appellieren an alle WählerInnen, ihre Stimme nicht an politische Parteien zu verleihen, die eine derartige Hetzkampagne im Wahlkampf führen.*

*Frauen mit Migrationshintergrund sind mehrfach diskriminiert: als Frauen, wegen ihrem Hintergrund, vielleicht auch noch wegen der Religion. Frauen mit Migrationshintergrund sind mindestens zweimal so stark von Armut gefährdet wie österreichische Frauen.*

*Und doch finden wir im Arbeitsprogramm der ÖGB-Frauen kein Wort über Migration oder Integration. Was sendet das für ein Signal? Was ist das für ein Signal an unsere Mitglieder, an die Gesellschaft und besonders an Migrantinnen?*

*Genauso wie Frauen sichtbar gemacht werden müssen, müssen auch Migrantinnen und Integration ausdrücklich ein Teil unsere Arbeit sein. Genauso wie wir als Frauen uns wehren, „mitgemeint“ zu sein, so sind Migrantinnen nicht automatisch mitgemeint.*

Linda Sepulveda-Urrejola ist Betriebsrätin bei Siemens/PSE.

nen im Gesundheits-, Betreuungs-, Pflege- und Sozialbereich zur Verfügung stellen.

Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird ein flächendeckendes, leistbares und qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot, die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Elternteilzeit, die Einführung eines einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes, mit Wahlmöglichkeit zwischen Zuverdienst- und Arbeitszeitgrenze, gefordert. Dem Thema Bildung ist kein eigenes Forderungspaket gewidmet, es scheint erschöpfend behandelt zu sein mit der Forderung nach Ganztagesbetreuung bis zum Ende der Schulpflicht.

Zur besseren sozialen Absicherung von Frauen verlangen die ÖGB-Frauen unter anderem die generelle Versicherungspflicht für alle Beschäftigungsverhältnisse, die Verbreiterung der Finanzierungsbasis des Sozialversicherungssystems, die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung und mehr öffentliche Dienstleistungen, allerdings nur zur Deckung von Grundbedürfnissen der Bevölkerung. Ein Ausbau des öffentlichen Dienstleistungssektors, mit mehr Einsatzmöglichkeiten für Frauen, wird nicht verlangt. Gar nicht berücksichtigt wird die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Fraueninitiativen, oder Erhaltung und Ausbau von humanitären Institutionen, wie zum Beispiel der österreichischen Frauenhäuser.

Obwohl die meisten Frauen in Österreich kaum je in die Lage kommen werden, Vermögen zu bilden, sind die ÖGB-Frauen sehr vorsichtig mit ihren Forderungen nach einem neuen Umverteilungssystem und verlangen lediglich eine Evaluierung der Steuerreform 2009, als Basis für Maßnahmen mit mehr Steuergerechtigkeit. Die Anregung der Unabhängigen Gewerkschafterinnen zur Forderung nach Erhöhung der Arbeitslose (Nettoersatzrate) auf mindestens Durchschnitt der Europäischen Union wurde angenommen.

Ökologische Nachhaltigkeit und Standortwahl als Forderung an österreichische PolitikerInnen und

Wirtschaftstreibende, die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, die Förderung und der Ausbau von alternativen erneuerbaren Energiesystemen, die auch neue Arbeitsplätze für Frauen bringen könnten, eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, werden in diesem Arbeitsprogramm nicht verlangt. Der Wunsch nach Berücksichtigung und Aufnahme weiblicher Aspekte in Wissenschaft und Forschung taucht marginal auf für den Bereich der Medizin, gar nicht erwähnt werden Frauenförderprogramme für Wissenschaftlerinnen und Frauen, die in der Forschung arbeiten wollen.

Nicht im Arbeitsprogramm verankert sind ausserdem die Themenkomplexe Migration und Integration. Dass Frauen mit Migrationshintergrund nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Arbeitsleben mehrfach belastet, und selbst bei der Bildungs- und Berufswahl Diskriminierungen ausgesetzt sind, wurde von den Unabhängigen Gewerkschafterinnen in einem aktuellen Statement festgehalten.

Dass Integration als gesellschaftlicher Prozess auf Gegenseitigkeit und Partnerschaftlichkeit aufbauen muss, und dass mit Ausgrenzung ab und zu eine Wahl, aber langfristig sicher nicht sozialer Frieden gewonnen werden kann, dazu gab es unsere Wortmeldung und die Aufforderung an die ÖGB-Frauen, diesen Forderungen in der nächsten Zeit vehement Nachdruck zu verleihen. Als unmittelbare Reaktion auf unsere Wortmeldung gab es die Versicherung, dass im Grundsatzprogramm, das aus Anlass des 17. ÖGB-Kongresses Anfang Juli beschlossen werden soll, dem Thema Migration ein Kapitel gewidmet werde.

Dass die ÖGB-Frauen-Kampagnen der nächsten Jahre den Anliegen von Frauen, die in Österreich leben und arbeiten, dienen mögen und ihnen die Öffentlichkeit verschaffen, die sie dringend zur Durchsetzung von notwendigen Veränderungen brauchen, wünsche ich uns allen sehr.

Von  
Vera Koller



Sehr oft werde ich in Beratungen damit konfrontiert, dass Leute stolz darauf sind, dass mit ihnen über eine einvernehmliche Auflösung verhandelt wird, da diese angeblich viel besser sei als eine Kündigung. Ich wage dies zu bezweifeln. Es ist jederzeit möglich, unter der Einhaltung von Fristen und Terminen, ohne die Angabe von Gründen, zu kündigen. Da wir davon ausgehen sollten, dass es sich bei Arbeitgeberinnen nicht um ehrenamtliche Sozialspender handelt, sondern sie zumeist sich einen Vorteil durch ihr Verhalten erhoffen, ist anzunehmen, dass das Angebot zu einem Gewinn für das Unternehmen führen soll. Meistens liegt dieser Gewinn darin, dass betroffene Arbeitnehmerinnen blauäugig auf ihre Kündigungsfrist oder etliches andere verzichten.

## Einvernehmliche Auflösung, typische Fallen

Daher ist der erste Schritt, zu prüfen, wie lange das Arbeitsverhältnis bei einer Kündigung zum nächst möglichen Termin, unter Einhaltung der Kündigungsfrist, noch dauern würde.

Danach sollte man an einen etwaigen Urlaubsanspruch bzw. an noch abzugeltende Mehr- bzw. Überstunden denken. Oft findet man in einvernehmlichen Auflösungserklärungen Formulierungen, die darauf abzielen, dass noch offene Urlaubsansprüche bzw. Mehr- und Überstundensansprüche bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses verbraucht werden. Da es für jeden Urlaubs- bzw. Zeitausgleichsverbrauch einer gesonderten Vereinbarung bedarf, wären diese Ansprüche ansonsten bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Geld abzugelten.

Denn nur wer weiss, welche Ansprüche zustehen, kann vernünftig in Verhandlungen mit der Arbeitgeberin einsteigen.

Dabei immer auch im Hinterkopf behalten, dass das verhandelnde Gegenüber ein Interesse daran hat, sich Vorteile aus der einvernehmlichen Lösung zu sichern. Das bedeutet, ein Nachlassen bei der Kündigungsfrist muss ein Entgegenkommen beim Urlaub oder den Mehr- und Überstunden oder umgekehrt bedeuten. Auch zusätzliche Zahlungen, z.B. in der Form von freiwilligen Abfertigungen, können dabei vereinbart werden. Außerdem ist immer zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeberin gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen, solchen mit Kündigungsschutzbestimmungen oder in Fällen, wo vielleicht eine Anfechtung zu vermuten wäre, ein ganz besonderes Interesse daran hat, die betroffenen Personen los zu werden. Da sollte man auf nichts verzichten, sondern es sollte etwas Zusätzliches dabei heraus schauen. Wichtig (außer es liegen besondere Umstände vor): Alles was geboten wird, das mir sowieso zustehen würde, ist kein gutes Angebot!

Besonders bei der Abfertigung „Alt“ sollte darauf geachtet werden, dass, wenn die gesetzliche Abfertigung nicht dezidiert in der Auflösungsvereinbarung angeführt ist, aus der Einvernehmlichen ersichtlich ist, dass diese auf Betreiben der Arbeitgeberin geschlossen wurde. Dies ist wichtig, um ja nicht in die Gefahr zu kommen, dass der Anspruch auf Abfertigung „Alt“ verwirkt wird. Auch für die Auszahlung des Arbeitslosengeldbezuges kann dies von Relevanz sein.

Wird eine Dienstfreistellung vereinbart, ist darauf zu achten, dass diese unwiderruflich ist. Ansonsten besteht für die Arbeitgeberin die jederzeitige Möglichkeit, diese zu widerrufen und mich in den Dienst zu ordern.

### Klauseln, auf die besonderes geachtet werden sollte:

- „Mit dieser Vereinbarung sind alle wechselseitigen Ansprüche bereinigt und verglichen“. Achtung, wird eine solche Klausel unterschrieben, gibt es keine Möglichkeit mehr etwaige Ansprüche zum Beispiel wegen Falschein-stufung oder Überstundenleistungen usw. zu fordern bzw. einzuklagen. Auch ein auszustellendes Dienstzeugnis fällt unter diese Klausel. Wurde daher die Ausstellung eines Dienstzeugnisses nicht in die einvernehmliche Auflösungserklärung inkludiert und wurde noch keines ausgestellt, gibt es prinzipiell keine Möglichkeit mehr, ein solches einzufordern.

- „Konkurrenzklauseln“: Auch Konkurrenzklauseln, wenn sie nicht schon im Dienstvertrag vereinbart wurden, finden sich sehr häufig in einvernehmlichen Auflösungserklärungen. Diese sind nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, haben jedoch, wenn sie unterschrieben werden, weit reichende Folgen. Meist sind sie nämlich mit der Zahlung einer Konventionalstrafe verbunden. Daher auf alle Fälle prüfen lassen.

- „Geheimhaltungsklausel, Klauseln über die Rückerstattung von Ausbildungskosten“ usw. Auch diese sollten genau überprüft werden, da sie im Einzelfall zu ganz unterschiedlichen Folgen führen können

Als letzter Tipp: Falls ein Betriebsrat vorhanden ist, ist es immer empfehlenswert, diesen in die Verhandlungen mit einzubeziehen bzw. sich mit ihm zu beraten. Wird diese Beratung von der Betroffenen verlangt, kann innerhalb von zwei Arbeitstagen keine rechtswirksame, einvernehmliche Auflösung vereinbart werden. Darüber hinaus ist es durch das Hinauszögern von Verhandlungen oft möglich, bei einem etwaigen Scheitern, zu einem späteren Kündigungstermin zu gelangen.

Daher alles gut überdenken und nicht unter Druck setzen lassen, mehr als eine sowieso vorgehabte Kündigung kann in den meisten Fällen nicht passieren. ■

**VERA KOLLER**  
IST IM KOA DER UG  
UND RECHTSEXPERTIN  
IN DER GPA-DJP-WIEN.

Am 13. Mai setzten die Gewerkschaften ein Zeichen.  
 Von Fritz Schiller.

# „WIR VERZICHTEN NICHT“

15.000 Menschen, manche sprechen sogar von 25.000, folgten dem Aufruf der Gewerkschaften der Privatangestellten-Druck, Journalismus, Papier, der Metall-Textil-Nahrung, der Chemiearbeiter, der Bau-Holz sowie der Gewerkschaft VIDA und demonstrierten in Wien für faire Löhne und für Kollektivverträge. Die Klassenauseinandersetzungen haben damit in Österreich einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

In den Wochen und Monaten zuvor waren die laufenden Kollektivvertragsverhandlungen ins Stocken geraten. Betroffen davon waren über 380.000 Beschäftigte in der Elektro- und Elektronikindustrie, der Chemischen Industrie, der Textilindustrie, der Papier- und Papperzeugenden Industrie, der Holz- und Sägeindustrie, im Hotel- und Gastgewerbe und bei den Speditionen. Für sie konnten in dieser Zeit keine Lohn- und Gehaltserhöhungen erzielt werden. Im grafischen Gewerbe (Druckereien) wurde der Kollektivvertrag sogar von der Arbeitgeberseite gekündigt.

Die Arbeitgeberseite hatte mit dem Argument, sie könne sich angesichts der Krise keine Kostenbelastungen leisten, Angebote für Lohnerhöhungen

von ein bis maximal zwei Prozent vorgelegt, was von Gewerkschaftsseite empört zurückgewiesen wurde.

Insgesamt ist die Situation für die österreichischen ArbeitnehmerInnen äußerst unbefriedigend. Die Krise erreicht den österreichischen Arbeitsmarkt: die Arbeitslosenzahlen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel. Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sehen für 2009 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosen vor, gleichzeitig ein deutliches (-4,2 Prozent) negatives Wirtschaftswachstum.

Vor diesem Hintergrund fühlten sich Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer in einer stärkeren Position und lancierten den Vorschlag einer Nulllohnrunde sowie die Verlagerung der Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf die betriebliche Ebene. Zudem wurde bekannt, dass es in einer Reihe von Unternehmen zu sogenannten „freiwilligen“ Lohn- und Gehaltsverzicht gekommen ist. Prominentestes Beispiel dafür ist Magna Steyr. Die Arbeitgeber-Verbände sind sich ihrer deutlich verbesserten Position offensichtlich bewusst.

Oberflächlich verlangen sie Solidarität bei der Bewältigung der Krisenkosten, andererseits ist die immer größer werdende Zahl an Arbeitslosen die willkommene Reservearmee, um Löhne und Gehälter zu drücken.

es in mehreren Druckereien durch Protestmaßnahmen und Betriebsversammlungen zu Produktionsverzögerungen gekommen. Angesichts dieser zuge-spitzten Situation fasste das Präsidium der GPA-djp den Beschluss zur Vorbereitung eines Streikes für die 13.000 Angestellten des grafischen Gewerbes.

In der darauffolgenden Sitzung der Kollektivvertragsverhandlungen wurde eine Einigung zwischen den Verhandlungspartner erzielt, die jedoch tags darauf vom Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite widerrufen wurde.

Danach entschlossen sich zunächst vier Gewerkschaften (vida kam etwas später dazu), kurzfristig für eine Demonstration in Wien unter dem Motto: „Wir verzichten nicht!“ aufzurufen. Wenn sich Gewerkschaftsführungen (endlich) dazu durchringen, Aktionen durchzuführen, dann wird geklotzt und nicht gekleckert. Bei der Anfangsveranstaltung am Schwarzenbergplatz war eine große Bühne aufgebaut, riesige Lautsprecheranlagen sorgten dafür, dass auch noch die unbeteiligten Passanten am dreihundert Meter entfernten Ring den Reden lauschen konnten. Und selbst für die Befriedigung der menschlichsten Bedürfnisse war ausreichend in Form von Dixi-Häuschen vorgesorgt worden.

Viele DemonstrantInnen waren aus den Bundesländern gekommen und beklatschten bei der Anfangsveranstaltung die Reden der Betriebsräte und Betriebsrätinnen der betroffenen Branchen. Der Tenor war unisono: Wir demonstrieren hier für faire Lohnerhöhungen und für unsere Kollektivverträge. Die Unternehmer sollen sich



**FRITZ SCHILLER**  
 IST ÖKONOM,  
 BETRIEBSRATS-  
 VORSITZENDER UND  
 AUGÉ/UG-VERTRETER IM  
 BUNDESVORSTAND DER  
 GEWERKSCHAFT DER  
 PRIVATANGESTELLTEN.

## GRAFISCHES GEWERBE ALS AUSLÖSER

Eskaliert waren die Verhandlungen im Druckereibereich. Nach mehreren erfolglosen Verhandlungsrunden war



endlich wieder im Rahmen der Sozialpartnerschaft an den Verhandlungstisch setzen. Ein Redner forderte gar einen Generalstreik, sollte zu keiner Einigung kommen.

Bei strahlend schönem Wetter bewegte sich danach der Demonstrationzug an der Industriellenvereinigung am Schwarzenbergplatz vorbei, über die Lothringerstrasse und den Karlsplatz in die Wiedner Hauptstrasse, zur Abschlusskundgebung vor den Sitz der Wirtschaftskammer. Viele der DemonstrantInnen hatten sich ärmellose rote Jacken der Gewerkschaftsbewegung übergezogen, was zusammen mit den Fahnen und Transparenten ein schönes breites Bild ergab. Eine große Delegation bildeten auch die VertreterInnen der Unabhängigen GewerkschafterInnen.

Die Losungen der Transparente lauteten zum Beispiel: „Gewinne für die Oberklasse, Verluste trägt die breite Masse“, „Mit Kaufkraft aus der Krise, heißt die Devise!“, „Lohnerhöhung statt Spekulation“, „Wir verzichten nicht!“ und „Wir kämpfen für unsere Kollektivverträge“.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen die Vorsitzenden der veranstaltenden Gewerkschaften, sowie der geschäftsführende ÖGB-Präsident Foglar und der Arbeiterkammer-Präsident Tumpel. Der geschäftsführende Vorsitzende der Metaller-Gewerkschaft, Wimmer, meinte, dass die Angebote

völlig unannehmbar seien. Eine gute Sozialpartnerschaft schau anders aus. Wolfgang Katzian sprach davon, dass die Beschäftigten nicht noch einmal zur Kasse gebeten werden können. Und der geschäftsführende Vorsitzende der Chemiarbeiter-Gewerkschaft, Alfred Armhäuser, forderte sichere Einkommen und Arbeitsplätze zur Kaufkraftstärkung und Wirtschaftsbelebung.

---

### EINSCHÄTZUNG

Diese Demonstration war eine richtige und wichtige gewerkschaftliche Aktion. Nach langen Jahren politischer Abstinenz, die letzte gewerkschaftliche Demonstration fand 2003 gegen die Pensionsreform der schwarz-blauen Regierung statt, hat die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal deutlich Position bezogen. Sie hat klar und eindeutig positioniert: Die ArbeitnehmerInnen verzichten nicht auf Lohnerhöhungen und Kollektivverträge.

Es ist in der Tat eine Chuzpe, dass die Arbeitgeber, die mitverantwortlich an der jüngsten Krise sind, die Krisen Anpassungskosten auf die ArbeitnehmerInnen abwälzen wollen. Deshalb hat sich die Gewerkschaftsbewegung berechtigterweise gewehrt.

Die Anzahl von 15.000 (oder 25.000) DemonstrantInnen war jedoch nicht überzeugend. Bei diesen nachhaltigen Bedrohungen auf die materiellen

Grundlagen der österreichischen ArbeitnehmerInnen wäre eine um ein Vielfaches größere Anzahl von TeilnehmerInnen die richtige Antwort gewesen. Es ist der Gewerkschaftsführung offensichtlich nicht gelungen, die abhängig Beschäftigten, und nicht nur die Funktionäre, zu mobilisieren. Die Gewerkschaften haben es auch verabsäumt Forderungen, die über die Lohn- und Gehaltsfragen hinausgehen, zu stellen. Eine solidarische Wirtschaft, frei von Profitzwängen, kann letztlich nur die zu Ende gedachte Forderung sein.

Das Appellieren an die sogenannte „gute, alte“ Sozialpartnerschaft hat sich schon in der Vergangenheit als Chimäre erwiesen. Die Sozialpartnerschaft wird von den Arbeitgebern nur dann benutzt, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt bzw. die ArbeitnehmerInnen-Organisationen zu stark sind. Ansonsten wird sie ignoriert.

Dennoch, die Gewerkschaftsdemonstration am 13. März war die zweite große Demonstration (nach der von zivilgesellschaftlichen Gruppen organisierten), die sich gegen den Neoliberalismus wendete. Ein Hoffnungsschimmer.

---

Das Gebot der Stunde:

# HILFE ZUR SELBSTHILFE



**D**as Arbeitsklima in unseren Einrichtungen ist alles andere als rosig. Der Druck steigt ständig. Nicht nur in den Häusern, auch in den Servicestellen und in der Zentrale. An die 150 Planstellen für PädagogInnen sind derzeit unbesetzt. Immer wieder stehen AssistentInnen alleine in der Gruppe.

Die neuen Ausbildungsmodelle sind ein Schritt in die richtige Richtung. Sie werden allerdings erst in zwei, drei Jahren spürbare Auswirkungen haben. Und das auch nur, wenn es gelingt, die Abwanderung aus der MA 10 zu stoppen. Mit papierernen Appellen allein wird das nicht gelingen.

## LEBENSQUALITÄT AM ARBEITSPLATZ

Wir haben eine Vision. Diese Vision heißt „Lebensqualität am Arbeitsplatz“. Schließlich verbringen wir einen beträchtlichen Teil unseres Lebens im Beruf. Lebensqualität am Arbeitsplatz geht weit über die Frage des Gehalts hinaus. Sie beinhaltet Wertschätzung für die Bediensteten ebenso – wie Vermeidung krankmachender Faktoren, Strategien gegen „Burn Out“ und Beseitigung antiquierter Sanktionen – wie Niederschriften, Streichung von Zulagen wegen Krankheit und Androhung von Kündigungen. Im Bereich Coaching, Konfliktlösung und Beschwerdemanagement liegt vieles im Argen.

All das wird auch so bleiben, wenn nicht endlich eine umfassende Gehaltsreform und eine verbindliche Diskussion über die notwendigen Rahmen-

## Anmerkungen zur Situation in den Wiener Kindergärten.

Von *Martina Petzl-Bastecky*.

bedingungen im Kindergarten angegangen wird.

### AKTION „GERECHTE BEZAHLUNG“

Die Bezahlung in den Kindergärten ist gesellschaftspolitisch betrachtet mehr als diskussionswürdig. Eigentlich ein Skandal. Wir leiden noch immer an der Unterbewertung traditioneller Frauenberufe.

Die letzten Pensionsreformen haben das Fass zum Überlaufen gebracht:

- länger arbeiten,
- höhere Abschläge,
- lebenslange Durchrechnung bedeuten Armutsgefährdung in der Pension wegen zu niedriger Aktivbezüge.

Parallel dazu erschweren die unzureichenden Rahmenbedingungen in den Kindergärten die pädagogische Alltagsarbeit. Viele Standorte können sich nur noch mit permanentem Dienstaustausch, Überstunden und vermehrtem Einsatz von AssistentInnen im Kinderdienst „über Wasser“ halten. Überstundenrücknahmen sind ohnedies fast nicht mehr möglich, bereits geplante Urlaube werden immer öfter verschoben – ganz zu schweigen von einer wachsenden Zahl verfallender Urlaubstage der MitarbeiterInnen und Burn-out-Erkrankungen.

Andere Sozialberufe haben bereits erfolgreich gegengesteuert. Entsprechende Beschlüsse gibt es längst auch in den Dienststellen-Versammlungen der Kindergärten. Doch seit der Öffnung der Verwendungsgruppe 3P für die AssistentInnen und der von der KIV initiierten Angleichung der Bezüge für Kindergartenpädagoginnen mit und ohne Matura ist nichts geschehen. Obwohl die Qualitätsanforderungen ständig steigen und der Personalstand nicht mithält.

Eine Anhebung unserer Bezüge wird uns nicht am Silbertablett serviert – wir müssen selbst aktiv werden. Unser Vorschlag als ersten Schritt: eine überfraktionelle Unterschriftenaktion für eine „Gerechte Bezahlung“.

### Das könnten die Eckpunkte einer Besoldungsreform sein:

- Einstieg der Assistentinnen in der Verwendungsgruppe 3 (statt 4) und beschleunigter Aufstieg in die Verwendungsgruppe 3P. Funktionszulage und Wegfall der Bindung der Leistungszulage an die Beurteilung und die Krankenstände
- Dienstzulage für das Pädagogische Personal (in Anlehnung an die Dienstzulagen für SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen)
- Anhebung der Leiterinnenzulage
- Ausgleich im Schema für die Abschläge, weil das Personal der Kindergärten in aller Regel nicht bis 65 arbeiten kann (eventuell spezielles Pensionsanfallsalter).

### WIR FÜR UNS!

Das Gebot der Stunde heißt „Hilfe zur Selbsthilfe“. Wir laden euch ein, bei einem Personenkomitee mitzumachen, das die Aktionen vorbereitet und durchführt. Machen wir endlich Nägel mit Köpfen! Bitte schreibt uns, wie ihr das Besoldungsproblem seht. Und ob ihr bereit seid, mitzumachen. Je mehr, desto besser. Das gibt der Sache Gewicht.

Mitwirkungsmöglichkeiten gibt's viele: Bei der Informationsweitergabe, als AnsprechpartnerIn in den Häusern, als Erstunterzeichnerin der Unterschriftenaktion. Und letztendlich als Mitarbeiterin in der Personalvertretung und Gewerkschaft. Auch für Anregungen, Ideen oder Kritik sind wir offen.



**KIV**  
KINDERGARTENVERBAND  
WIEN

**MARTINA PETZL-BASTECKY**  
IST PERSONALVERTRETERIN  
DER KIV IN DEN WIENER  
KINDERGÄRTEN.

# ALLE JAHRE WIEDER ...

**D**ie Hauptferien der SchülerInnen Wiens nähern sich mit Riesenschritten. Bereits jetzt sind viele Eltern mit Urlaubs- bzw. Ferienplanung beschäftigt.

Jedes Jahr aufs Neue werden neun Wochen Ferien zur logistischen Herausforderung, wenn es darum geht, die Kinder gut betreut und untergebracht zu wissen.

Nicht nur die Familien haben zu planen, sondern auch die MitarbeiterInnen der Wiener Kindergärten (MA 10). Jene Kinder, die während des Schuljahres nicht im Hort der Stadt Wien sind, haben nämlich die Möglichkeit, in den Ferien unsere Einrichtungen als Gäste zu besuchen.

Mittlerweile können die Kolleginnen und Kollegen auf eine jahrelange Erfahrung mit Gastkindern zurückblicken.

Sicherheitshalber werden viele Kinder angemeldet, welche unsere Horte dann aber nicht besuchen, weil sich etwas Günstigeres für die Eltern ergibt. Besonders erschwerend kommt dazu, dass die Eltern oft vergessen, dies den Kindergärten zu melden.

Auch die Wünsche, welche in diesem Zusammenhang in der Zentrale der MA 10 bearbeitet werden, sind nicht die einfachsten: ein Hort, der in unmittelbarer Nähe zur Wohnung liegt, erweiterte Öffnungszeiten hat, und besondere Bedürfnisse von Integrationsgastkindern abdecken kann.

Tatsache ist, dass sich die Rahmenbedingungen und der Personalstand der PädagogInnen alles andere als dem „Modell Gastkinder“ entgegenkommend entwickelt haben. Und als ob das nicht schon genug wäre, ist die Sommerzeit auch die Haupturlaubszeit für die MitarbeiterInnen der Wiener Kindergärten. Wie soll das alles unter einen Hut zu bringen sein, wenn

## Problem „Gastkinder“ in den Horten.

gleichzeitig der „beitragsfreie Kindergarten“ einzuführen ist?

Es stellt sich die Frage, ob das Modell „Gastkinder“ noch zeitgemäß ist. Im Zuge der Umstellung im Volksschulbereich auf Ganztagschulen mit Ferienbetreuung ist es durchaus legitim, darüber nachzudenken, ob es nicht bedürfnisorientierter wäre, die

www.kth.at • kth@kiv.at

K·I·V

**Konsequente Interessensvertretung**  
 Gewerkschaft der Gemeindebediensteten  
 Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, Telefon: (01) 216 52 72, Fax: -22

Links  
 Sitemap  
 Suche

Hilfe  
 Kontakt  
 Home

EINSTEIGEN!

Werden Sie KIV-  
Vertrauensperson.

Kinder  
garten

**Gehalt**  
 24.05.2009 • Alle Jahre wieder  
 Problem „Gastkinder“ in den Horten.  
 01.05.2009 • Kompetenter Säugling  
 Zur Bedeutung der Krippe für die  
 Bildungs-Fähigkeit.

23.04.2009 • Die Besoldungsfrage ist zu  
 wichtig, um sie einer Partei-Fraktion allein zu  
 überlassen  
 Wiener Kindergärten: Die Zeit ist reif für  
 gemeinsames Handeln.

07.04.2009 • Betreff: Gratiskindergarten  
 Antwort von Wiens  
 Bürgermeister Häupl auf unseren  
 Offenen Brief.

▶ Informationen aus den  
 Wiener Kindergärten.

▶ Aktion für ein gemeinsames  
 Ziel

**Leserlich**  
 ▶ Stopp Burn-Out  
 Kostenlos unsere Broschüre  
 bestellen oder downloaden.

**Blumauergasse 22/3, 1020 Wien, (01) 216 52 72**

jetzigen Gastkinder in den Ferien im Schulverbund zu betreuen. Das würde zwar erst mit dem Arbeitsjahr '09/'10 möglich sein, doch es wäre ein erster „Entspannungsschritt“ für die KollegInnen der Magistratsabteilung 10, aber auch für jene Kinder, welche unsere Horte ganzjährig besuchen.

Denn: ein durchdachter Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen in einem partnerschaftlichen Modell zwischen Kindern, Eltern, Wiener Kindergärten und Schulen, hebt die Qualität und die Zufriedenheit in den Bildungseinrichtungen der Stadt.

## Aus für die Horte?

Seit über vier Jahren ist das Konzept „Ganztagschule“ im Gespräch. Und damit die mögliche Schließung von Horten der Stadt Wien.

Im Juni 2007 sprachen wir darüber mit der Leiterin der MA 10, Frau Magistra Spiess. Sie meinte damals unter anderem: „Die MA 10 hat nicht vor, sich von ihren Horten zu trennen. Es gibt mit den Schulen keine Konkurrenz sondern Kooperation.“

Schon der erste Umsetzungsversuch – die geplante Schließung des Hortes in der Schule Peterlinigasse – hat zu beträchtlichen öffentlichen Debatten geführt.

Eine Elterninitiative läuft Sturm gegen das Vorhaben. Dabei sind auch viele Ungereimtheiten ans Tageslicht gekommen: Die Betreuung soll von MitarbeiterInnen der „Kinder- und Jugendbetreuung“ übernommen werden. Zwei Dinge erscheinen den Eltern speziell problematisch:

- Die Schmalspurausbildung in diesem schlecht bezahlten Bereich. Vor allem in Bezug auf die Förderung von I-Kindern fehlen die notwendigen

Voraussetzungen.

- Das zweite: Die Schulen sind in den Ferien geschlossen und die Kinder- und Jugendbetreuung steht in dieser Zeit auch nicht zur Verfügung.

Sollen die betroffenen Kinder allen Ernstes in die verbliebenen Horte „umgeleitet“ werden? Oder gar HortpädagogInnen zur Dienstleistung in den Schulen zugewiesen werden? Oder ist das schon der erste Schritt zur Ausgliederung eines ganzen Bereiches in ein noch „billigeres“ Konstrukt?

Wir werden die Entwicklung sehr kritisch im Auge behalten ... ■

BART GEIER - DOHLENKREBS - HUNDSFISCH - GROSST  
**AUF DER ROTEN**

SO GEHT'S WIRKLICH NICHT!

WIR WOLLEN  
**WISCHI**

VORWÄRTS  
**WASCHI**

HOCH  
DAS  
**WISCHI**

"BRÜDER  
ZUM  
**WISCHI**"

WASCHI  
FÜR DIE  
MENSCHEN

VÖLKER  
HÖRT DAS  
**WASCHI**

WIR ABER FRAGEN: WIE STEHT'S UM UNSERE SOZI?

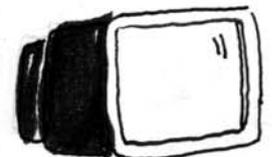


WIRD DIE SOZIAL  
DEN SELBEN WEG

DIE  
WÄHLSCHEIBE?



SCHÖNE GROSSE  
AUTOS?



DICKE

TRAPPE - RAUBWÜRGER - SOZIS - FLUSSPERLMUSCHEL  
**N LISTE**

DA MUSS DER PARTEIVORSITZENDE  
 HER:

SCHLUSS MIT DEM  
 GEKEPPEL!  
 WIR SIND DIE



**WISCHI WASCHI  
 PARTEI!**

UND SCHON IST ER WIEDER  
 FORT - IM VERDAUUNGS-  
 TRAKT DES ZEITUNGS-  
 ZAREN - ABER DORT HAT  
 SICH SCHON DER HANS-PETER  
 EINGENISTET



-DEMOKRATIE  
 GEHEN WIE

DER GUTE  
 SPÜLKASTEN?



KAUCHERSITZE IM  
 FLIEGER?  
 FERNSEHER?

WIRD DER EDLE BRAUCH DES  
 MAIAUFMARSCHS BALD SO  
 VERKOMMEN?



HOFFENTLICH NICHT!  
 DESHALB LASST UNS  
 EINE KERZE ANZÜN-  
 DEN FÜR DIE PROBLEM-  
 SOZIS





Fight the crisis:

## „PUT THE PEOPLE FIRST“

**V**on 14. bis 16. Mai fanden in vier europäischen Städten Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) statt. Mit der Kampagne „Fight the crisis: put the people first“ will der EGB auf die prekäre Situation der ArbeitnehmerInnen infolge der Wirtschaftskrise aufmerksam machen und fordert ein europäisches soziales Konjunkturpaket. Bei den Demonstrationen in Madrid (14.), Brüssel (15.) sowie in Berlin und Prag am 16. Mai '09 waren nach Angaben des EGB 350.000 Menschen beteiligt.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften waren in Prag mit rund tausend GewerkschafterInnen vertreten. Und natürlich war auch eine kleine aber feine Delegation der Unabhängigen GewerkschafterInnen (UG) solidarisch mit dabei.

„Wir sind für ein soziales Europa, das Armut, Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aktiv bekämpft und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge garantiert“, sagte der geschäftsführende ÖGB-Präsident Erich Foglar anlässlich der Großdemonstration in Prag.

Die Gewerkschaften Europas fordern ein erweitertes Konjunkturprogramm für mehr und bessere Jobs sowie Ausbildungsplätze, für sichere Arbeitsplätze, für Investitionen in nachhaltige Zukunftstechnologien und für den Verbleib wichtiger Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung. Die UG unterstützen diese Initiativen des EGB

**Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16. Mai 2009 in Prag.  
Die UG war dabei.**

und werden uns sich weiterhin an geplanten Aktionen dazu beteiligen.

Nehmen wir unseren ÖGB-Präsidenten beim Wort und hoffen wir, dass sich seine Aussagen auf dem ÖGB-Kongress auch für die zukünftige Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik in Österreich in Taten umwandeln. Dem beschlossenen ÖGB-Leitantrag zufolge sind die Themen dazu ja vorhanden – es wird sich zeigen ob es sich in mancherlei Hinsicht nur um Lippenbekenntnisse handeln wird. Das muss aus leidvoller Erfahrung – beispielsweise mit manchen ÖGB-Reformprojekten, welche abgespeckt, aufgeschoben bis nicht realisierbar in den letzten Monaten abgehandelt wurden – auch gesagt werden.

Aber wie viele GewerkschafterInnen in letzter Zeit mit folgenden Reizworten oft zu sagen pflegen: „Schau ma' mal ...“.

Mehr Informationen zur EGB-Kampagne unter: [www.etuc.org/a/5972](http://www.etuc.org/a/5972)  
Weitere Berichte über die Demonstrationen unter: [www.oegb.at/demo](http://www.oegb.at/demo)

[ug-oegb.at](http://ug-oegb.at)

[auge.or.at](http://auge.or.at)

[kiv.at](http://kiv.at)

[ugood.at](http://ugood.at)

[ug-vida.at](http://ug-vida.at)

[we4you-ug.at](http://we4you-ug.at)

# ES WÄRE DRINGEND

**D**iesmal sind seit dem letzten Kongress nur zwei Jahre vergangen, ein Präsidentenwechsel hat für das verkürzte Intervall gesorgt. Erich Foglar soll zum Präsidenten gewählt werden, das ist der Hauptgrund für den Kongress. Weil das aber wohl nicht der einzige sein kann, wird alles stattfinden, was so dazu gehört. Allerdings in eingeschränkter Form. So sind Anträge – ausser dem grossen Leitantrag, den der Bundesvorstand einbringt – nicht erwünscht. Für uns spielt das keine Rolle, wir sind beim ÖGB-Kongress sowieso nicht antragsberechtigt, das sind nur die Gewerkschaften.

Der grosse Leitantrag wurde zusammengestellt aus den Anträgen vom letzten Mal, aktualisiert und quasi in ein Arbeitsprogramm umgewandelt. Wie so oft im Gewerkschaftsbund umfasst es vieles, sagt viel Richtiges und in einigen Kapiteln wird's dann entweder diffus, kurz oder schrecklich. Siebzig Seiten, die man schwer ganz ablehnen kann, die aber auch nicht glücklich machen.

Was wirklich fehlt, das ist die Offensive.

Ich glaube, dass es dringend wäre, ein drittes Konjunkturpaket zu fordern. Es kann doch nicht wahr sein, das wir – denn wir sind es – die Banken und die Autoindustrie mit Milliarden retten, alles dafür tun, dass es sei, als ob nichts gewesen sei, und damit aus den

**Der 17. Bundeskongress des Gewerkschaftsbundes naht und wesentliche Forderungen fehlen weiterhin.**

*Von Lisa Langbein.*

All das müsste auf zwei wichtigen Bedingungen aufbauen:

- Erstens eine Steuerreform, die den Namen auch verdient und
- zweitens auf einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung mit einem Einkommen, mit dem ein Auskommen gut möglich ist.

Über den Stand der ÖGB-Reform wird berichtet werden. Mit den Mitgliederzahlen schaut es besser aus, der Druck ist entschwunden. Es gibt allerdings nichts, was nicht positiv formuliert werden kann, also wird dieser Bericht gar nicht so schlecht klingen.

### 3.4 Projekte/Massnahmen die derzeit nicht umsetzbar erscheinen

- Customer Relationship Management (CRM)
- Gewerkschaftshearing in der Region
- Gemeinsamen Printmedium
- Neustrukturierung der Portal-Landschaft
- Gemeinsame Mitgliederevidenz
- Zielgruppenprojekt „Sozialberufe“
- Gemeinsame Geldverwaltung
- Stabstelle Organisationsentwicklung
- Umsetzung des Konzeptes Buchhaltung, Kostenrechnung
- Einzelmassnahmen aus der Direktkommunikation. Für die Koordination der vorgeschlagenen Projekte müssen die erforderlichen finanziellen Mittel, wie auch die MitarbeiterInnen gemeinsam von ÖGB und Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden
  - Lohnsteuerbearbeitung mit neuer Methode ÖGB@Home, Beratung/Service/Werbung
  - EU-Wahl (politischer Inhalt) mit verstärkten regionalen Veranstaltungen mit ÖGB on the Road
  - Urlaubsgeld-Sommer (Image/Werbung) Bäderaktion
  - Weihnachtsgeld/Erfolgsbilanz als bereits praktizierte und bewährte Methode aber gemeinsam mit gleichem Design als jahreszeitabhängige Direktkommunikation

Geschehnissen wieder nichts lernen. Wir brauchen die Milliarden für die Bildung und für das Sozial- und Gesundheitswesen. Aber dringend!

Und wir brauchen eine Umstellung in der Industrie, nicht die althergebrachte Energievernichtung, sondern zukunftsweisende und kreative Ideen, basierend auf erneuerbarer Energie. So könnten die Arbeitsplätze der Zukunft ausschauen – in der Bildung (verhindert Arbeitslosigkeit, das ist erwiesen) im Sozial- und Gesundheitswesen und in einer neuen Industrie.

Die nächste Katastrophe ist nämlich vorprogrammiert: das ist die Klimakatastrophe. Da jetzt die Augen zuzumachen und durch – das ist sicher der falsche Weg.

Was aber komplett fehlt, sind die Möglichkeiten, die das ÖGB-Mitglied im ÖGB hat. Nämlich weiterhin keine. Alle Punkte zur Mitgliederbeteiligung sind vertagt. Bis wann, weiss niemand.

Und: weiterhin bleibt die fraktionelle Zusammensetzung im Gewerkschaftsbund ein Geheimnis und ein Spielfeld für Interpretationen. Allgemeine, direkte Wahlen in allen Gewerkschaften sind nicht vorgesehen. Es wüsste im Moment wahrscheinlich auch niemand, wie so etwas durchgesetzt werden sollte: die Gewerkschaften sind stark, der ÖGB leider eher weniger.



**KIV**  
KONJUNKTUR- UND  
INNOVATIONSPOLITIK

LISA LANGBEIN  
IST UG-VORSITZENDE UND  
ARBEITET IN DER KIV.

Über Vermögenssteuern alleine nachzudenken, hält die ÖVP schon für obszön. Habe doch im Zuge der Krise Vermögensvernichtung im großen Ausmaß stattgefunden. Dafür soll es nun auch Staatshilfe für die Industrie geben – besonders für die Autoindustrie. Na, schau' ma mal. *Von Markus Koza.*

# KRISENBLITZLICHTER

Immer wieder nett, was mensch im Zuge von Recherchen so findet. Da stellt sich manches Argument, dass etwa gegen eine höhere (beziehungsweise überhaupt erst) Besteuerung von Vermögen hervorgebracht wird, als recht fadenscheinig heraus. Mensch hat es ja vermutet und geahnt. Die Zahlen bestätigen es: Von einer Vermögensvernichtung ungeahnten Ausmaßes im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise kann in unseren Breiten nämlich nicht so recht die Rede sein.

## GELDVERMÖGEN IN DEUTSCHLAND ...

Das Finanzvermögen der Privathaushalte ist im Jahr 2008 (besonders hart war ja das dritte und vierte Quartal mit dem internationalen Einbruch der Börsen) erstmals seit sechs Jahren geschrumpft, verlautet es von der Deutschen Bundesbank. Jeder Haushalt habe durchschnittlich 4000 Euro an Geldvermögen verloren. In Summe hätten die deutschen Haushalte 260 Milliarden Euro an den Börsen verloren.

Das klingt beeindruckend und dramatisch. Die Dramatik relativiert sich allerdings nur allzu schnell. Das „Reinvermögen“ (gesamter Vermögensverlust) reduziert sich nämlich auf nur mehr auf 2000 Euro pro Haushalt, wenn das Sachvermögen (zum Beispiel Immobilien) das gleichzeitig an Wert gewonnen hat, hinzugerechnet wird. Und während auf der einen Seite 260 Milliarden verloren gegangen sind, wurde gleichzeitig neues Geldvermögen (mit Sparguthaben oder Anlagen bei Versicherungen) von 120 Milliarden Euro aufgebaut. Bleibt also ein

Geldvermögensverlust von in Summe 140 Milliarden Euro.

Die Zahl beeindruckt noch immer. Nur muss sie mensch in Relation zum gesamten Finanzvermögen stellen, soll sie irgendeine Ausdruckskraft haben. Und da relativiert sich viel: Das gesamte Geldvermögen bundesdeutscher Haushalte belief sich im Jahr 2007 nämlich auf die gigantische Summe von 4,55 Billionen Euro (im Jahr 2002 noch 3,57 Billionen Euro). Ende 2008 betrug das Geldvermögen entsprechend 4,41 Billionen Euro. Das Geldvermögen ist also um gerade einmal 3 Prozent geschrumpft. Und das in Zeiten der größten Weltwirtschaftskrise seit 1929. Vermögensvernichtung großen Stils sieht anders aus.

## ... UND ÖSTERREICH

In Österreich stellt sich die Situation noch weniger dramatisch dar. Gerade ÖVP, Industrie und Konsorten bejammern ja mit unglaublichem Einsatz das Leid der Vermögenden, deren Reichtümer nur so dahinschmelzen, was die Einführung einer Vermögensbesteuerung geradezu kriminell, gemeingefährlich erscheinen läßt. Außerdem brächte angesichts der stattfindenden Vermögensvernichtung eine Vermögensbesteuerung so gut wie kein Geld.

Nun, Attac hat auf Datenlage der unverdächtigen Österreichischen Nationalbank (gesamtwirtschaftliche Rechnung) recherchiert. Das erstaunliche dabei: Das Finanzvermögen der österreichischen Haushalte ist im Krisenjahr 2008 gegenüber dem Boomjahr 2007 erstaunlich konstant geblieben. Betrug 2007 das Finanzvermögen 416,1 Milli-

arden Euro, fiel dieses 2008 nur unmerklich auf Euro 415,9 Milliarden, blieb also annähernd gleich.

Der Grund: da Aktien nur 2,1 Prozent des Finanzvermögens der privaten Haushalte ausmachen, fallen Kurs- und damit Wertverluste kaum ins Gewicht. Also auch hier: von Vermögensvernichtung nicht viel zu sehen.

## MANAGERGEHÄLTER 2007 UND 2008

Jetzt ist Zeit für Innehalten und Mitfühlen: Manager der obersten Führungsebene verdienen im Jahr 2009 im Schnitt um 25.000 Euro weniger als 2008. Die Gründe dafür: die geringeren Boni im Zuge der Wirtschaftskrise. Führungskräfte der ersten Ebene verdienen heute im Schnitt „nur“ noch 246.000 Euro im Jahr. Das macht traurig. Vor allem sie. Aber etwas Gutes hat auch das Jahr 2009 für sie gebracht: Damit sie nicht gar so hart fallen, sind die Grundgehälter der Führungskräfte der ersten Ebene im Vergleich zu 2008 um 3,4 Prozent erhöht worden, jene der zweiten Ebene – die verdienen 2009 138.000 statt 141.000 Euro (2008) – um 3,9 Prozent, jene der dritten Ebene – die schrammen mit mitleidserregenden 92.000 Euro jährlich (2008: 94.000 Euro) nur knapp an der Armutsgrenze vorbei – um 3,8 Prozent. Das ergab eine Analyse des Unternehmensberaters Kienbaum.

Übrigens: das Medianeinkommen (50 Prozent der Beschäftigten verdienen mehr, 50 Prozent weniger) belief sich im Jahr 2007 auf 22.815 Euro im Jahr (Frauen: 16.748 Euro, Männer: 28.226 Euro).

---

## AUTOMOBILINDUSTRIE

Quer durch Europa – also auch in Österreich und Deutschland – befindet sich die Autoindustrie im Sinkflug. Quer durch Europa – also ebenfalls auch in Österreich und Deutschland – werden Rettungspakete für die Autoindustrie geschnürt. Von als „Ökopremien“ getarnten Verschrottungsgeldern – sprich Steuergeldern – bei Entsorgung eines Alt- und Ankauf eines Neuwagens bis hin zu milliardenschweren staatlichen Garantien und Stützungen.

Kaum eine Industrielobby ist so stark, wie die Autoindustrie. Sie bekommt so ziemlich alles, was sie will. Sie hat auch ein entsprechendes Druckmittel: Hunderttausende, ja Millionen Beschäftigte, die direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängen. Ihre Zukunftsträchtigkeit – also der real existierenden Autoindustrie – ist zwar umstritten, doch steht die Politik angesichts drohender Arbeitslosenheere ziemlich unter Druck.

Dabei müsste die Autoindustrie unter Druck gesetzt werden. Denn diejenigen, die sich jetzt um Staatsgarantien anstellen, haben in den letzten Jahren verdient wie nie zuvor.

Ein paar Beispiele, ein Blick in die gar nicht so ferne Vergangenheit:

### *Volkswagen*

Der Umsatz von Volkswagen ist im Jahr 2007 im Vergleich zu 2006 auf rund 108,9 Milliarden Euro, bzw. um 3,8 Prozent gegenüber 2006. Der Nettogewinn (nach Steuern) ist im Jahr 2007 um 50 Prozent auf 4,12 Milliarden Euro gestiegen. Auch das Jahr 2008 war nicht das Schlechteste: „Der Volkswagen-Konzern hat im schwierigen Jahr 2008 mehr Fahrzeuge ausgeliefert als jemals zuvor,“ verlautet die VW-Homepage. Operatives Ergebnis des VW-Konzerns im Zeitraum Jänner bis September 2008: Ein Plus von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 4,9 Milliarden Euro. Das Ergebnis vor Steuern übertraf in diesem Zeitraum den Vorjahreswert um 0,5 Milliarden Euro. Übrigens: In den vergangenen

Jahren waren bei Volkswagen tausende Arbeitsplätze abgebaut und die Arbeitszeit in den westdeutschen Werken deutlich erhöht worden – natürlich ohne Lohnausgleich. Bei Audi stieg der Gewinn 2007 um fünfzig Prozent auf 2,9 Milliarden Euro.

eine rein rhetorische. Jedenfalls mit Sicherheit nicht in überwiegendem Maße an die Steuer. Den ArbeitnehmerInnen haben die Rekordgewinne nichts gebracht. Die Rekordgewinne wurden von ihnen erarbeitet. Dafür mussten sie länger um weniger Geld arbeiten und



### *BMW*

Der Autobauer BMW verbuchte im Jahr 2007 Rekordgewinne. Gleichzeitig kündigte die Konzernspitze an, am Abbau von tausenden Stellen festzuhalten, um die ehrgeizigen Gewinnziele zu erreichen. Die Erlöse von BMW waren im Vergleich zu 2006 um 14,3 Prozent auf 56 Milliarden Euro geklettert.

### *Porsche*

Porsche hat im Geschäftsjahr 2007/2008 ein kleines Kunststück geschafft: Nämlich einen höheren Gewinn als Umsatz. Das Konzernergebnis vor Steuern stieg von 5,86 Milliarden Euro (2006) auf 8,57 Milliarden Euro 2007/2008. Der Umsatz betrug dagegen im gleichen Zeitraum 7,4 Milliarden Euro. 6,83 Milliarden Euro des Gewinns stammen dabei aus „positiven Effekten aus Aktienoptionsgeschäften“ aus der VW-Beteiligung.

Die Frage, wohin die satten Gewinne der letzten Jahre gegangen sind, ist

wurden auch zu Tausenden gekündigt. Sie verloren schon zu Zeiten der Hochkonjunktur. Nun verlieren sie noch einmal in Zeiten der Krise. Wenn der Staat schon nicht ordentlich Gewinnsteuern abschöpft – schließlich wurde auch im rot-grün regierten Deutschland anno dazumal der Körperschaftssteuersatz gesenkt – darf er nun zumindest noch Steuermittel für die Autokonzerne locker machen. Verschrottungsprämien etwa. Und Staatsgarantien. Die werden mit Sicherheit kommen. Wie das Amen im Gebet.

Blitzlichter aus der Krise. Kurzmeldungen aus dem real existierenden Kapitalismus. Die einmal mehr zeigen, wo die Gewinner stehen. Zumindest bislang. Auch in Zeiten der Krise.

---

Politisch haben die „Freiheitlichen Arbeitnehmer“  
nichts im ÖGB und den  
Gewerkschaften verloren. *Von Thomas Kerschbaum.*

# RECHTE SPALTPILZE

Die rassistische, antisemitische, xenophobe und nationalistische Politik der FPÖ ist auch die Politik von „Freiheitlichen Arbeitnehmern“ (FA) und „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher“ (AUF). Und das gilt auch für die aggressive anti-gewerkschaftliche Politik der FPÖ, für die hetzerische Politik gegen VertreterInnen von Gewerkschaften und Arbeiterkammern oder in ideologischer Hinsicht aggressive Angriffe gegen die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung. In historischer Betrachtung sind die FPÖ-Parteiorganisationen FA und AUF die Nachfolger der gelben, anti-demokratischen, nationalistischen „Unabhängigen Gewerkschaften“ der Zwischenkriegszeit und später dann der „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) in der Zeit des Nationalsozialismus.

Eigentlich steht die Ideologie und die politische Praxis der FPÖ völlig gegen die Existenz, Geschichte, Ideologie und Politik von so genannten freien Gewerkschaften der ArbeiterInnenbewegung – in der 2. Republik zusam-

mengefasst im Österreichischen Gewerkschaftsbund, der von VertreterInnen von SPÖ, ÖVP und KPÖ gegründet wurde. Die FPÖ und auch die FA und die AUF predigen Hass in der Arbeiterbewegung, sei es fremdenfeindlich, rassistisch, antisemitisch, frauenfeindlich oder anti-sozialistisch. Die Ideologie der FPÖ ist zutiefst nationalistisch und die Sprache lehnt sich sehr an die Diktion des Nationalsozialismus an.

In diesem Zusammenhang lehnt die FPÖ und somit die FA und die AUF die UN-Deklaration der Menschenrechte ab. In der letzten Zeit erreicht die Propaganda der FPÖ und somit der FA und der AUF einen Höhepunkt – der Hass, die rechte Hetze und die Verleumdung als politisches Mittel richtet sich gegen Menschen und gegen die Demokratie oder gegen Organisationen und Institutionen der ArbeiterInnenbewegung wie Gewerkschaften, Arbeiterkammern oder Sozialversicherung (als Angriffsfläche müssen die öffentlichen VertreterInnen dieser Organisationen und Institutionen herhalten). In den politischen Äußerungen, Programmen und Wahlkämpfen sieht man die auffällige Verachtung der FPÖ und damit von FA und AUF für die Demokratie, für Menschenrechte und für Gleichberechtigung.

ren. Der ÖGB hat grundsätzliche Statuten und Programme und die FPÖ vertritt vollkommen andere und gegensätzliche Ziele und Mittel.

Wie erkennt man denn bloß die politischen Ziele der FPÖ? Das ist gar nicht so einfach, denn Strache, Mölzer und Co. sagen immer wieder das, was die gerade anwesenden ZuhörerInnen hören wollen – insbesondere wenn es um soziale Fragen geht. Die FPÖ ist keine „Arbeiter-Partei“, denn Geschichte, Programm, Ideologie und Politik speisen sich aus deutsch-nationalen und nationalsozialistischen, aber auch klassisch bürgerlichen Quellen, Politik und Programm sprechen sich für eine radikal-kapitalistische Gesellschaft aus, mit starker Betonung des repressiven Staates. Der Anteil der WählerInnen aus den gesellschaftlichen Schicht der ArbeiterInnen zeigt aber, dass soziale Probleme angesprochen werden. Hinter der Fassade der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus kommen aber klassisch radikal-kapitalistische Antworten zu Tage – wie zum Beispiel das Zurückdrängen von Gewerkschaften, Almosen statt Recht auf Sozialhilfe, Kürzung der sozialen Ausgaben des Staates ... Es muss also oft genug zwischen den Zeilen gelesen werden, so wie im FPÖ-Programm. Zwischen nichtssagenden Passagen finden sich dann immer wieder konkrete Aussagen – so zieht sich die Fremdenfeindlichkeit, die Diskriminierung von MigrantInnen und der Rassismus quer durch das Programm oder auch die Feindlichkeit gegenüber Gewerkschaften.



THOMAS KERSCHBAUM  
IST KIV-PERSONAL-  
VERTRETER IN WIEN.

## WARUM IST DIE FA EINE ÖGB-FRAKTION?

Das ist eine wirklich gute Frage!  
Denn politisch hat die FA nichts im  
ÖGB und in den Gewerkschaften verlo-

## BEISPIELE AUS DEM FPÖ-PROGRAMM

(Teil „Faire Marktwirtschaft“):

„Artikel 1 (...) (4) Eine umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens steigert die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, sichert ihr Gedeihen und schafft Arbeit.

(5) Eine umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens wird als Garant für die Prosperität der österreichischen Wirtschaft und Stabilität des Arbeitsmarktes angestrebt.

Artikel 3: Faire Marktwirtschaft bedeutet Chancengerechtigkeit für den ungeschützten gegenüber dem privilegierten Wirtschaftsbereich. Dies erfordert die Herstellung von fairen Wettbewerbsbedingungen. Faire Marktwirtschaft schließt das Vorhandensein von privilegierten Gruppen und Monopolen, die parteipolitische Beherrschung ganzer Wirtschaftszweige, die Funktionärsherrschaft in den Bereichen der Sozialversicherung, der öffentlichen Wirtschaft und des verpolitisierten Bankensektors aus.

(1) Die Freiheitliche Bewegung versteht sich als Anwalt der Erwerbstätigen im nichtgeschützten Bereich. Es widerspricht dem Grundsatz der Fairness, dass der Großteil der Erwerbstätigen allen wirtschaftlichen Risiken ausgesetzt ist, während andere in privilegierter Stellung zu Lasten der Leistungsträger im geschützten Bereich tätig sind.

(2) Unter geschütztem Bereich sind der öffentliche Sektor und die staatlichen Unternehmungen zu verstehen. Dazu zählen auch der Mediensektor, der Großteil des gemeinnützigen Wohnbaues, halbstaatliche Versicherungsunternehmen und Banken, öffentlich subventionierte „Non-profit-Organisationen“ und dergleichen. In diesem Bereich werden Private systematisch benachteiligt. (...)

(6) Durch echte Privatisierung, durch den Rückzug der politischen Parteien und Verbände aus der Wirtschaft, durch die Reduzierung des Einflusses

der Interessensvertretungen und durch ihre Beschränkung auf ihre eigentlichen Aufgaben soll die Herrschaft der Parteifunktionäre in der staatsnahen Wirtschaft abgeschafft werden.

Artikel 4: Faire Marktwirtschaft strebt eine Unternehmenskultur an, in der Betriebsverfassungen und Beteiligungsmodelle eine verantwortliche Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln.

(1) Statt fremdbestimmter Unternehmensentscheidungen durch Kammern und Verbände wird eine von verantwortlicher Partnerschaft getragene Unternehmenskultur angestrebt, die insbesondere über Betriebs-

verfassungen verwirklicht wird. Diese Beteiligungsmodelle sollen die Verantwortlichkeit der Mitarbeiter erhöhen und deren Leistungsbereitschaft steigern.

(2) Unternehmensverfassungen im Sinne betrieblicher Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebührt eine Aufwertung gegenüber zentralistisch-bürokratischen Kollektivvereinbarungen. Kollektivverträge sollen nur noch Vertrags-Bausteine über Löhne, Arbeitszeit und Sozialleistungen usw. regeln, die im Rahmen der Unternehmensverfassungen nach den konkreten Umständen im Unternehmen durch Betriebsvereinbarungen zusammengestellt werden.

(3) Kammern und Verbände sind auf ihre Kernaufgaben zu beschränken und durch freiwillige Mitgliedschaft zu bilden. Die Kontrollrechte ihrer Mitglieder sind zu verstärken."

Das ist offen feindlich gegenüber Gewerkschaften und Arbeiterkammer. Die Ablehnung von Kollektivverträgen und die Befürwortung bzw. die Idee von so genannten „Betriebs- oder Unternehmensverfassungen“ nimmt Anleihe beim nationalsozialistischen Programm. Im Nationalsozialismus sollten Unternehmen „lebende Zellen der

deutschen Volksgemeinschaft“ bilden. Es gäbe keine Interessens- und Klassegegensätze mehr zwischen Unternehmer (Kapital) und ArbeiterInnen, nur die (deutsche) Volksgemeinschaft solle zählen. Im Programm der FPÖ und somit der FA und der AUF erkennt man deutlich die Ablehnung und den Hass auf die Interessensorganisationen der ArbeiterInnenbewegung wie auf die Institutionen des bürgerlich-demokratischen Staates.

In diesem Zusammenhang steht auch der Angriff auf die öffentlichen Institutionen und öffentlich Bediensteten. So spricht sich die FPÖ für Privatisierungen aus. In verschiedenen Texten relativiert die FPÖ die Forderung nach Privatisierung, aber das ist nur politisches Kalkül, denn es geht um Stimmen der Öffentlich Bediensteten.

Es gibt im Öffentlichen Dienst (Bundesheer, Polizei oder Justiz, aber auch im Öffentlichen Dienst der Länder und Gemeinden) eine wachsende Anzahl von unzufriedenen Beschäftigten, die sich von der Politik, die ja ihr Arbeitgeber ist, schlecht behandelt und politisch verraten fühlen.

Insbesondere im Öffentlichen Dienst kann die FPÖ (als FA und AUF) bei Wahlen der Personalvertretung punkten (zum Beispiel Bundesheer, Polizei, Wiener Linien, Spitäler ...). Wieder ein Widerspruch: Die FPÖ und somit FA und AUF treten für einen radikale privatwirtschaftliche Reform des Öffentlichen Dienstes ein (Privatisierung, New Public Management, Verwaltungsreform mit Abbau von Personal, gegen Kündigungsschutz und ähnliches) und werden trotzdem von Öffentlich Bediensteten gewählt.

Mit offen und tabulos vorgetragener Fremdenfeindlichkeit und system-feindlicher Kritik (Nationalismus und „Volksgemeinschaft“ gegen Demokratie und soziale Interessen der ArbeitnehmerInnen) wird zum Beispiel vom eigenen politischen Programm, das radikal kapitalistisch und anti-demokratisch ist, abgelenkt.

Angesichts der politischen Verfassung der Republik Österreich sind die Worte im FPÖ-Programm noch weich gewählt, aber die Aussagen der FPÖ sind klar: Schwächung und Zurückstutzen der Gewerkschaften, Schwächung

Bitte umblättern



der Arbeiterkammer, Infragestellen der in der Arbeitsverfassung verbrieften Rechte für Gewerkschaften. Da reiht sich die FPÖ in die wirtschaftspolitischen Forderungen der neoliberalen Ideologien und PolitikerInnen ein, die auch die Gewerkschaften und vor allem ihre Rechte in Bezug auf Kollektivverträge, politische Rechte (zum Beispiel Streik- und Koalitionsrecht) oder Rechte auf Mitsprache und Teilnahme im politischen System (zum Beispiel Sozialversicherung) schwächen, kürzen, abschaffen oder auflösen wollen. Im FPÖ-Programm steht viel von Freiheit, aber bei genauem Hinsehen ist diese Partei anti-demokratisch und so weit rechts, dass es schwierig ist, diese Partei nicht als Nachfolge-Partei der nationalsozialistischen oder deutsch-nationalistischer Parteien zu sehen.

Es hat nichts mit Ausgrenzung zu tun, den Ausschluss der FPÖ (FA und AUF) aus den Gewerkschaften zu fordern. Es ist vielmehr ein Missbrauch dieses Wortes, denn die wirkliche Ausgrenzung und Diskriminierung ist die Politik der FPÖ gegenüber Menschen, insbesondere gegenüber MigrantInnen. Die Frage, warum die FPÖ (FA) überhaupt im ÖGB als Fraktion anerkannt ist, muss vielmehr gestellt werden – im Interesse der gewerkschaftlichen Solidarität, der Menschenrechte und der demokratischen Grundhaltung der Gewerkschaften.

---

### **FPÖ, FA UND AUF SIND GEWERKSCHAFTSFEINDLICH**

Diese Partei hat im Österreichischen Gewerkschaftsbund nichts zu suchen. Warum die Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen – FSG (SPÖ-Fraktion) oder der Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen – FCG (ÖVP-nahe Fraktion) diese Partei als Fraktion im ÖGB bestätigt haben, kann ich nur mit fehlender politischer Courage und Angst vor der Reaktion der FPÖ oder vor Diskussionen mit Gewerkschaftsmitgliedern oder in den Medien erklären. Ja, bei einer Nicht-Anerkennung der FA als ÖGB-Fraktion hätten vielleicht Mitglieder den ÖGB verlassen, hätte es eine Kampagne der FPÖ gegen den ÖGB gegeben.

Jetzt müsste man – bei einer ehrlichen Überprüfung der Politik und Programmatik der FPÖ und damit der FA –

### **FPÖ = FA oder (KUG-)AUF**



Die FPÖ hat Partei-Vorfeldorganisationen, dazu gehören die so genannte „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ (FA) und die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher“ (AUF).

Diese beiden Organisationen, die es in Personalvertretungen (Öffentlicher Dienst und Gemeinde Wien) und als Fraktion im ÖGB oder in der Arbeiterkammer (FA) gibt, sind Parteifraktionen und Teil der FPÖ (die Funktionäre sind auch FPÖ-Funktionäre und FPÖ-Mandatare in Gemeinderäten, Landtagen oder im Nationalrat).

diese Fraktion FA aus dem ÖGB ausschließen. Aber das wäre ein noch schwieriger politischer Schritt – derzeit ist keine der großen Fraktionen bereit, nur darüber nachzudenken. Aber nach dem Gewinn der „Freiheitlichen“ bei der Arbeiterkammer-Wahl (insbesondere in Wien) wird eine politische Diskussion über die FA immer wichtiger.

Denn nun reagieren FSG und FCG so, dass die demokratischen Rechte und die Umgangsformen in den Gewerkschaften eingeschränkt werden – für jede andere, vor allem kleinere Fraktionen und auch parteiunabhängige BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Das ist keine Lösung! Denn demokratische Rechte und Strukturen einzuschränken, hieße, dass diese rechte, anti-gewerkschaftliche Fraktion schon gesiegt und wieder einmal recht bekommen hätte.

Die linke Opposition im Österreichischen Gewerkschaftsbund wird eingeschränkt, bestraft – aber damit trifft man die FPÖ-Fraktion nicht, denn diese wollen ja die Schwächung des ÖGB und der Arbeiterkammern und außerdem kommen zentralistische und autoritäre Strukturen der FPÖ nur entgegen.

---

### **WIR BRAUCHEN VIELMEHR:**

- Eine offene und offensive Diskussion über die FPÖ in der Gewerkschaft, in den Arbeiterkammern und in der Personalvertretung und in Betriebsräten.

- Wir müssen offen über die Ideologie und Politik der FPÖ-Fraktion FA und AUF sprechen und informieren.
- Eine klare Distanzierung von der FPÖ und Ächtung der anti-demokratischen und „Volksgemeinschafts“-Politik
- Wir müssen endlich die Statuten und die Grundsatzprogramme des ÖGB ernst nehmen – in den Gewerkschaften sollte kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit sein.

---

### **RECHTE SPALTPILZE**

Die FPÖ in der Gewerkschaft und in der Arbeiterkammer ist ein Spaltpilz – zum Schaden der gesamten ArbeiterInnenbewegung.

Die Menschen werden eingeteilt, diskriminiert und abgewertet, nach Kriterien, die gegen die gemeinsame und solidarische Organisation der ArbeitnehmerInnen gerichtet sind. Die Diskriminierung nach Herkunft, Nationalität, Sprache, Kultur, Religion und auch Hautfarbe – in dieser rechten Partei kommt all das hoch, was sich gegen eine aufgeklärte, humanistische Welt und eine weltoffene, solidarische Gewerkschaftsbewegung richtet.

Vom Überleben in Ruinen. ÖVP gegen SPÖ. Parteipolitik und Standespolitik  
zum vermeintlichen Vorteil. Jeder gegen jede oder  
auf eigene Gefahr: gemeinsam, solidarisch und demokratisch! *Von Reinhart Sellner.*

# BAUSTELLE SCHULREFORM

Die vielbeschworene österreichische Schule ist in ihren Grundstrukturen immer noch so wie sie anno Kaiser Franz Josef eingerichtet wurde. Volksschulen fürs Schreiben, Lesen und Rechnen, Hauptschulen fürs einfache Volk, Gymnasien fürs gehobene Bürgertum und die höheren Beamten zur Vorbereitung auf ein Universitätsstudium, dazwischen Realschulen, später Realgymnasien und berufsbildende mittlere und höhere Schulen für den besonderen Bedarf von Gewerbe und Wirtschaft. Gouvernanten, Erzieher, Hauslehrer und Privatgymnasien für den Adel komplettierten die österreichische Ständeschule. Seit der k.&k.-Niederlage bei Königgrätz gibt es nach preußischem Vorbild zur inneren Organisation der österreichischen Schule den 50-Minuten-Exerziertakt des Stundenplans und die Jahrgangsklassen.

Die aufgesplitterten Zuständigkeiten und Einflussbereiche wurden nach 1918 bundesstaatlich-föderal aufgeteilt. Die Pflichtschulen der Gemeinden mit LandeslehrerInnen, monocoloren

Landesschulverwaltungen und feudallandesherrlicher Untertänigkeit – nur das Rote Wien war reformpädagogisch, sozial und demokratisch ambitioniert – entwickelten sich streng separiert von den höheren Bundesschulen mit BundeslehrerInnen und einer nach 1945 auf ÖVP-SPÖ-Proporz eingefärbten Bundesschulverwaltung. 1962 brachte die  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für Schulgesetze und damit für die nächsten 40 und mehr Jahre die bis dato gültige Fortschreibung des ständischen Schulsystems. Herkunft bestimmt Zukunft.

Daran haben auch die Modernisierungsjahre unter der SPÖ-Regierung Kreisky nur dort etwas verändert, wo wirtschaftlicher Veränderungsbedarf sozialpartnerschaftlich abgeklärt und durchgesetzt werden konnte: Der forcierte Ausbau der BMHS, die Gründung von – wirtschaftsnahen und privat organisierten – Fachhochschulen und die Aufwertung der PflichtschullehrerInnenausbildung durch Pädagogische Akademien an Stelle der schulförmig geführten Lehrerbildungsanstalten wurde durchgesetzt. Dem gegenüber stand und steht das Scheitern einer halbherzig betriebener Gesamtschulreform; am Ende bekamen die Hauptschulen statt A- und B-Zug in D, M und E Leistungsgruppen, die AHS-Unterstufe blieb so wie sie immer schon gewesen ist. Die gemeinsame universitäre Ausbildung aller LehrerInnen war kein Thema. Statt für die gemeinsamen Ganztagschule aller 6- bis 14-Jährigen zu mobilisieren, setzte

die SPÖ kampflos auf die ÖVP-kompatible Losung „Mehr Arbeiterkinder an die AHS!“ und auf sozialpolitisch Maßnahmen wie SchülerInnenfreifahrt, Gratis-schulbuch und Abschaffung der Studiengebühren.

Heute (2009 ff) produziert das sozial-selektive österreichische Schulsystem mehr als 21 Prozent sogenannte „funktionale Analphabeten“. Das sind junge Menschen, denen die elementaren Grundlagen für jeden Bildungs- und Ausbildungserwerb nicht vermittelt werden. Ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz sind denkbar schlecht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt zu dramatisch steigender Arbeitslosigkeit und einer neuen Massenarmut. Die Schere zwischen Reich und Arm geht immer ungenierter auf.

Der soziale Zusammenhalt ist brüchig geworden. Zukunftsängste und soziale Spannungen werden sichtbar, die in einem Einwanderungsland ohne menschenfreundliche Integrationspolitik auch die rechtspopulistisch geschürte Ausländerfeindlichkeit und Rassismus verstärken.

## GENERALSANIERUNG

Nach 1945 hatten der staatlich regulierte und sozialpartnerschaftlich vereinbarte „Wiederaufbau“ und die notwendigen Modernisierungen in den prosperierenden „Wohlfahrtsstaaten“ Europas ein Erstarren der Gewerk-

*Bitte umblättern*



REINHART SELLNER  
VORSITZENDER DER UGÖD  
UND MITGLIED IM  
KOORDINATIONSAUS-  
SCHUSS DER UG.

schaften und der sozialdemokratischen Parteien zur Folge. Die Fronten des kalten Krieges waren durch Entspannungspolitik und wirtschaftliche Kooperation aufgelockert, die USA verloren den Vietnamkrieg, Befreiungsbewegungen waren im Vormarsch und ein nicht-kapitalistischer dritter Weg wurde diskutiert, als die neoliberale Wende ins Laufen gebracht wurde. Das internationale Finanzsystem und die internationale wie die nationalen Wirtschaften wurden neo-liberalisiert, Deregulierung, Sozialabbau, mehr privat und immer weniger staatliche Politik. Die Implosion des sowjetischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems wurde als Endsieg gefeiert. Der ungezügelt freie Markt kann's besser als jede demokratisch legitimierte Politik, das freie Spiel der Zahlungskraftigen schafft Wohlstand für alle, ganz ohne staatlich vermittelte Solidarität. Umverteilung nur mehr von unten nach oben. In Ewigkeit Amen.

Der Beitritt zur Europäischen Union und die Maastricht-Kriterien erhoben auch in Österreich den Vorrang des Marktes gegenüber der Politik zum Sachzwang und zur Glaubensfrage. Entstaatlichung, Deregulierung und Vermarktung aller Lebensbereiche als höchstes Ziel menschlichen Strebens:

- grenzenlose Bereicherung einer kleinen Minderheit von Besitzenden und Geschäftemachern,
- unsichere Arbeits- und Einkommensverhältnisse für den Rest.

Das Gebot der „Budgetsanierung“ bei gleichzeitiger Entlastung der Reichen und ihrer Finanzgeschäfte wurde zur Begründung für Einsparungen im öffentlichen Dienst, für Ausgliederungen und Privatisierungen staatlicher und verstaatlichter Betriebe. Unterm Strich bewirkte diese Politik mehr Arbeit für weniger Personal und weniger öffentliche Leistungen für alle, die darauf angewiesen sind, weil ihnen das Geld zum Einkauf dieser Leistungen auf dem Dienstleistungsmarkt fehlt.

Verschärft wurde die neoliberale Gangart von den Schüssel-Regierungen. 2000 wurde die SPÖ unter kräftiger Mithilfe der Industriellenvereinigung aus der Regierung gestoßen. Grade noch einflussreich-mächtige Gewerkschaftsfunktionäre mahnten vergeblich sozialpartnerschaftliches Mitwirken ein und fanden sich wenig

später ohne BAWAG-Millionen in einer ÖGB-Reform mit ungewissem Ausgang.

---

### „ICH HABE EIN BUDGET ZU SANIEREN, UND DAMIT BASTA!“

Bundesministerin Gehrler, 2001

Die völlige Unterordnung des Schulbereichs unter den angenommenen Sachzwang der Budgetsanierung brachte für LehrerInnen und SchülerInnen Stundenkürzungen und Dienstpostenabbau, immer größere Klassen und eine Schulautonomie, die als Mangel-Verwaltung zu einer selbstaussbeuterischen Konkurrenz der Schulstandorte um SchülerInnen und damit ums Halten von Dienstposten führte. Jeder gegen jede.

Die Intensivierung und Ausweitung der LehrerInnenarbeit auf Schulentwicklung, Evaluation und vermehrte Beratungs- und Betreuungstätigkeit wurde Jahr für Jahr beschleunigt. Dazu kam eine verordnete „kalte“ Erhöhung der Lehrverpflichtung für Klassenvorstände, für KustodInnen und BildungsberaterInnen. Für alle LehrerInnen gibt es jetzt Überstunden, die nur mehr als Normalstunden zählen, schlechter bezahlte Stunden in Abendschulen und in Abschlussklassen. Für erkrankte KollegInnen muss eine Stunde pro Woche gratis suppliert werden.

Dazu kamen sogenannte Pensionsreformen samt Hinausschieben des Pensionsantrittes. Die Integration der Pädagogischen Akademien in die Universitäten fand nicht statt, die PädAks wurden in Pädagogische Hochschulen umbenannt, ohne Anbindung an weiterführende Universitätsstudien. Während immer mehr LehrerInnen ins Pensionsalter kommen, ist die Zahl der LehramtsstudentInnen an Uni und PH rückläufig.

---

### BAUSTELLE WIEDER ERÖFFNET

Schulreformansätze 2007ff

Der Zustand des Schulsystems ließ sich auf Dauer nicht schönreden. PISA und andere Studien lieferten deutliche Hinweise auf die Misere der sozialen Selektion und auf den volkswirtschaftlichen Schaden, den nicht ausreichend qualifizierte SchulabgängerInnen bei der sich verschärfenden Standortkonkurrenz anrichten. Von individuellen Bildungs- und Lebenschancen, vom



Menschenrecht auf Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben war dabei meistens nur alibi-halber die Rede.

Mindeststandards als Voraussetzung für Bildung und Ausbildung und für die bessere Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen, bessere LehrerInnenausbildung und besserer Unterricht waren schon 2004 von einer Zukunftskommission des BMUKK eingefordert worden. Die Industriellenvereinigung stellte ein sich bis zur Gesamtschule verdenkendes Zukunftsprogramm vor. Ehrengast die frisch angelobte SPÖ-Bildungsministerin Schmied. Die in der sich bereits abzeichnenden Krise wiederbelebten Sozialpartner legten im francisco-josephinischen Bad Ischl ein gemeinsames Bildungsprogramm vor. ÖGB und AK veranstalteten 2008 ein Dallinger-Symposium, dass auf aktiveres Eingreifen der Gewerkschaft in die Schulpolitik hinauswollte. Die bildungspolitischen Besitzstandswahrer in der ÖVP und den FCG-LehrerInnengewerkschaften gerieten in die Defensive ... Bis zum Aschermittwoch 2009.

Die Regierungsbildung 2007 hatte einen sozialdemokratischen Kanzler, einen ÖVP-Vizekanzler und Finanzminister und eine SPÖ-Bildungsministerin mit einem ambitionierten Bildungsprogramm: Kleinere Klassen, individuelle Förderung, Gesamtschulversuche „neue Mittelschule“, Ausbau ganztägiger Schulformen und soziale Integration, Schulbauprogramme und Sprachförderung, Kindergarten für alle ... Was fehlte, waren die entsprechenden Budgetmittel und die Bereitschaft der ÖVP und der den Schüssel-Jahren nachtrau-



ernden SpitzengewerkschafterInnen der LehrerInnen und der GÖD. Herausgekommen sind immerhin die Senkung der gesetzlichen Klassenschülerhöchst- und der Teilschulbereich, also auch in den AHS-Unterstufen und den Eingangsklassen von BORG und BMHS ab 2007/08, aufsteigend. Die von der AHS-FCG und -FSG (!) massiv bekämpften Gesamtschulversuche „neuen Mittelschule“ blieben weitgehend

auf Hauptschulstandorte und BMHS- bzw. BORG-Kooperation beschränkt. Die Implementierung von Standards für die grundlegenden Kulturtechniken brachte nicht für schulpolitische Steuerungsmaßnahmen verbindliche Mindeststandards, sondern unverbindliche Regelstandards, dazu die Vorbereitung einer bundesweit einheitlicheren und damit besser vergleichbaren teilzentralen Matura mit standardisierten Klausuren, beginnend mit der AHS-Matura 2014.

2007 und 2008, bei der Beschlussfassung der gesetzlichen Grundlagen, wurde seitens des BMUKK von kaum zu haltenden Mindestkosten ausgegangen, vermutlich um die Zustimmung des ÖVP-Finanzministers und der ÖVP im Ministerrat und im Nationalrat abzusichern, vermutlich im Vertrauen auf eine normative Kraft des Faktischen, derzufolge gesetzlich fixierte Aufgaben und Ausgaben budgetär abgedeckt würden.

---

## NEUWAHLEN 2008, FINANZ- UND WELTWIRTSCHAFTSKRISE

2008 brachte das Ende der Regierung Gusenbauer/Molterer und die Fortsetzung der SPÖ-ÖVP-Koalition unter Faymann/Pröll. Claudia Schmied blieb Bildungsministerin. Die Reformansätze der ersten eineinhalb Jahre Gusenbauer wurden ins neue Regierungsprogramm hinübergerettet. Die Frage ihrer Finanzierung blieb aber unbeantwortet. Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten milliarden-schwere Bankenpakete und eine kaufkraftstärkende Steuersenkung Vorrang. Die rapide anwachsenden Kosten von

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit mussten finanziert werden, die Industrie forderte Ausfallhaftungen, zehn Milliarden Euro, woher war und ist nicht das Problem der Industriellenvereinigung.

Wer nach der begeisterten Zustimmung und dem medienwirksamen Applaus zu Obamas „Yes we can!“ an „change“ und eine neue Budgetpolitik voll Mut und Zuversicht geglaubt hatte, wurde eines Besseren belehrt. Während WIFO und ÖGB die beschäftigungspolitische Verantwortung des Bundes als des größten österreichischen Dienstgebers einforderten und Investitionen in Bildung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur auch um den Preis von Schulden – für den ÖGB um den Preis von strukturell wirkenden Vermögens- und Spekulationssteuerreformen – blieb Pröll bei der von Schlüssel/Grasser bereits über Gebühr betriebenen Einsparungspolitik bei den öffentlichen Diensten. Die bildungs-, forschungs-, sozial- und gesundheitspolitischen Akzente des Doppelbudgets (!) 2009/10 blieben weit hinter den realen Erfordernissen zurück, Infrastrukturmilliarden blieben die Ausnahme. Während wir DemonstrantInnen am 28. März vor dem Parlament unser „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ anstimmten, waren die regierungsinternen Budgetverhandlungen bereits in die andere Richtung gelaufen. Erstmals gab es – selbstredend: ungenügende – Globalbudgets für jedes Ressort, mit dem die MinisterInnen „eigenverantwortlich“ und ohne Chance auf nachträgliche Überschreitungsgesetze auskommen sollen. Die Geheimhaltung der Zahlen bis zur Budgetrede des Finanzministers war zwischen SPÖ und ÖVP ausgemacht. Nur kein Aufregung. Budgetdisziplin und Ruhigstellen der betroffenen MitarbeiterInnen.

---

## ASCHERMITTWOCH 2009 UND „LEHRERSTREIT“

Zurück zu den von ÖVP und FCG mehr oder weniger offen ausgetragenen parteipolitischen und ideologischen Grabenkämpfen an der Bildungsreformfront. Stichwort neue Mittelschule, die vielleicht doch mehr werden könnte, als eine neuerliche Hauptschulreform. Stichwort „Zentralmatura“. Stichwort PISA und BIFIE ... In die von gegenseitigen Animositäten und Miss-

trauen belastete Situation platzte die für die Gewerkschaftsspitze und die KollegInnen an den Schulen unvermittelte und unerwartete Aschermittwoch-Ansage der Unterrichtsministerin: „Aus pädagogischen Gründen“ wollte die Bildungsministerin die Lehrverpflichtung für die 120.000 LehrerInnen ab September 2009 um 2 Stunden erhöhen, und das sei keine Mehrarbeit, sondern bloß eine Umschichtung von Arbeit, näher hin zu den Kindern ... Vorausgegangen war dieser BMUKK-Aussendung eine Indiskretion aus dem Finanzministerium, dass Schmied die Erhöhung der Lehrverpflichtungen vorbereite. Bis dahin hatte LehrerInnen meinen können, die medial kolportierte geringe, aber doch überdurchschnittliche Erhöhung des Bildungsbudgets würde irgendwie „passen“. Ohne Indiskretion hätte erst die Budgetrede am 21. April gezeigt, dass dem BMUKK über 500 Millionen Euro für SCHOG-Novelle, kleine Klassen, Individualisierung und für die gehaltsgesetzlich geregelten Biennalsprünge fehlen.

Warum Schmied am 25. Feber von Pädagogik und Umschichtung und nicht von 525 Millionen Euro geredet hat, die im Bildungs-Doppelbudget 2009/2010 vorenthalten werden, ist unklar. Auch die Bildungsministerin übte sich in Budgetdisziplin, und damit basta. Bei neunzig Prozent Personalaufwand glaubte sie, den Fehlbetrag durch eine Verbilligung der LehrerInnen-Arbeit um zehn Prozent ausgleichen zu können. Kanzler und Vizekanzler haben die Regierungsverantwortung fürs Budget aber nicht nur im bekannt gewordenen Fall BMUKK ausgelagert und abgeschoben. Seit heuer gibt es nur mehr Globalbudgets für die einzelnen Ressorts und keine Überschreitungsmöglichkeit.

---

## WER GEGEN WEN UND WOFÜR?

Die offensichtliche Geringschätzung der Qualität und Intensität ihrer Arbeit durch ihre Ressortchefin haben die KollegInnen als Affront erlebt. Erst Fasungslosigkeit und dann die alle LehrerInnengruppen und Schulparten einigende Streik-Forderung waren die Antwort. Die 5 LehrerInnenengewerkschaften der GÖD stellten sich ihrer Aufga-

*Bitte umblättern*

---

be, organisierten bundesweite Informations- und Protestversammlungen und ließen sich die Streikbereitschaft durch Abstimmung an der Basis bestätigen.

Es gab keine Urabstimmung über Streikziele und Streik, sondern freie Hand für die GÖD, einen LehrerInnenstreik zu einem ihr genehmen Zeitpunkt auszurufen oder nicht. Wo die Gewerkschaft, genauer: die Vorsitzenden und Vorsitzenden-Stellvertreter der 5 LehrerInnengewerkschaften bzw. die sie koordinierende ARGE LehrerInnen der GÖD keine entscheidenden Impulse setzen konnten oder wollten, das waren der Zeitpunkt und in Folge die Zielrichtung der zermürbenden Verhandlungen und der von den KollegInnen erwarteten Kampfmaßnahmen.

Die Forderung nach Aufstockung der Budgets für Bildung und öffentliche Dienste, um Arbeitszeiterhöhung, Einkommensverluste und Aushungen von Schulreformansätzen zu stoppen, hätte Faymann/Pröll als Adressaten für die Erfüllung dieser Forderungen gehabt. Das war vom Beginn des „LehrerInnenstreits“ der Vorschlag der drei ÖLI/UG-Vertreter in der ARGE LehrerInnen und in der Bundeskonferenz der GÖD. In diese Richtung haben viele KollegInnen an den Schulen diskutiert und Resolutionen verfasst.

VertreterInnen der Unabhängigen GewerkschafterInnen-UGÖD, in der GÖD bestenfalls geduldete Minderheit, sprachen bereits im Jänner und ein zweites Mal Anfang April im ÖGB vor – für ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales, Gesundheit und öffentliche Dienste. In der Bundeskonferenz der GÖD sind wir für umgehende und umfassende Streiks im öffentlichen Dienste eingetreten, die über einen LehrerInnenstreik hinausgehen und mit Solidarität des ÖGB rechnen konnten\*).

Die ARGE LehrerInnen und die GÖD setzten auf Zeit. Eine Protestdemonstration, organisiert vor Beginn der Osterferien, durchgeführt am Mittwoch nach Ostern gab es nur in Vorarlberg. Dort koordinierte eine Plattform von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern, VLI, UGÖD und UBG (Unabhängige Bildungsgewerkschaft) eine Kundgebung für die Erhöhung des Bildungsbudgets und gegen die von Schmied angekündigte Lehrpflichtserhöhung. Das Transparent „LehrerInnen kaputt. Kaputte Schule. Zukunft kaputt.“ brachte das

Anliegen auf den Punkt. Die zur Mitarbeit eingeladenen GÖD-Vorarlberg konnte sich trotz vorösterlicher Einladung erst gar nicht und angesichts der breiten Mobilisierung dann doch in letzter Minute fürs Mitmachen entscheiden.

Die VerhandlerInnen der ARGE wollten keine Lehrpflichtserhöhung zulassen und akzeptierten – mit Ausnahme des einen ÖLI/UG-Vertreters – gleichzeitig den ungenügenden Budgetansatz. Vorrangiges Ziel von FCG/ÖAAB war die volle Einsicht in die Budgetpläne des „roten“ BMUKK und darauf aufbauende Einsparungsvorschläge. Das Ende der Gesamtschulversuche „neue Mittelschule“ und das Zusammenstutzen des BIFIE hätte FCG/ÖAAB gepasst, aber das Budgetloch nicht einmal ansatzweise gestopft. Die Ministerin war dazu erwartungsgemäß auch nicht bereit. Die Lehrpflichtserhöhung verhindern und auf eine breite Mobilisierung gegen die Budgetpolitik der Bundesregierung zu verzichten war eine unlösbare Aufgabe. Solange das Verhandlungsgegenüber Schmied war und solange ihre 4-Monate-Ferien-Stimmungsmache und der von GewerkschafterInnen immer wieder ins Treffen geführte Schminkkoffer die Diskussion bestimmten, waren weder Fortschritte noch eine Einigung möglich. FCG-Funktionäre verkündeten im Alleingang eine „Politik der Nadelstiche“ und riefen zum PISA-Boycott auf, den die ÖVP-nahe SchülerInnen-Union, die einen Lehrerstreik eher nicht goutieren wollte, schadenfroh aufgriff.

Es gab auch Positives: Die von allen LehrerInnengruppen und Fraktionen getragenen Vorschlägen zur Altersteilzeit, das Zeitkonto für – freiwillig – nicht ausbezahlte Überstunden und eine beschleunigte Übernahme von befristeten IIL-LehrerInnen in das unbefristete IIL-Vertragsverhältnis konnten durchgesetzt werden, weil sie budgetwirksam sind. Es gab aber auch Vorschläge, die den Eindruck subtiler Bosheit nahe legten, weil sie unentgeltliche LehrerInnenmehrarbeit ohne jeden Einsparungseffekt offerierten. Die 55-statt derzeit 50-Minutenstunde oder die im Nachhinein als „Eisbrecher“ verkaufte Umwandlung der schulautonomen Tage in volle Unterrichtstage sollten die Bereitschaft der GewerkschaftsfunktionärInnen zu „mehr Zeit mit den Kindern“ demonstrieren und waren

aber auch bewusste Themaverfehlungen. Die KollegInnen hat man gar nicht erst um ihre Meinung gefragt, der gewerkschaftlichen Beschlusslage entspricht weder die 55-Minuten-Stunde noch die Abschaffung der schulautonomen Tage.

Entscheidend für das Einlenken der Bundesregierung und die Aufstockung des Bildungsbudgets um 240 Millionen Euro waren vermutlich zwei Faktoren außerhalb der Verhandlungen im BMUKK. Der eine heißt Neugebauer, GÖD- und (noch) ÖAAB-Vorsitzender, zweiter Nationalratspräsident. Die Unvereinbarkeit von Gewerkschaftsvorsitz und Nationalratsmandat haben UGÖDlerInnen im persönlichen Gespräch, in der GÖD, im ÖGB und in der Öffentlichkeit eingefordert, die Kritik am Multi-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär, von FSG-Funktionären nur hinter vorgehaltener Hand geübt, wird nicht zurückgenommen. Neugebauers Autorität in „seiner“ FCG hat mit autoritär anmutenden Partei- und Gewerkschaftsstrukturen zu tun, aber auch mit gewerkschaftspolitischer Erfahrung und der Fähigkeit, über den Tellerrand einer der fünf LehrerInnengewerkschaften zu schauen.

Angesichts des vorprogrammierten Scheiterns der LehrerInnen-Verhandlungen (kein Bewegungsspielraum für das BMUKK ohne zusätzliche Budgetmittel) und angesichts der absehbaren Probleme in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Justiz, Polizei, Universitäten, ...) initiierte er in der Bundeskonferenz der GÖD einen Streik-Vorratsbeschluss für alle GÖD-Teilgewerkschaften, nicht nur für die der LehrerInnen. Der ARGE LehrerInnen schlug er einen gemeinsamen Protest- und Demonstrationstag aller LehrerInnensparten vor. Die festgefahrenen Verhandlungen im BMUKK erklärte er zur Chefsache von Faymann/Pröll. Der 23. April 2009 als Protesttag angenommen, obwohl die Verhandlungen bis zur Budgetrede Prölls am 21. April 2009 so oder so vorbei sein würden. GÖD-Zentrale und Landesvorstände begannen mit der Umsetzung. Der Druck auf die Regierung, die an Streiks und Massendemonstrationen der LehrerInnen und ihrer unberechenbaren Vorbildwirkung für andere öffentlich Bedienstete und vielleicht auch für Beschäftigtengruppen der Privatwirt-

---

schaft nicht interessiert sein konnte, wurde verstärkt. Der zweite Faktor waren die ÖGB- und Sozialpartner-Einschaltung, ÖVP-internes Lobbying und die regierungsinternen Absprachen am Wochenende vor der letzten Verhandlungsrunde am 20. April 2009. Das Ergebnis ist bekannt:

- 240 Millionen Budgetnachbesserung durch den Finanzminister, der den Umschichtungscharakter betont und jede weitere BIG-Mietenentlastung für andere Ressorts ausschließt,
- 100 Millionen an Bauvorhaben des BMUKK werden um zwei Jahre verschoben (!)
- 180 Millionen zahlen die LehrerInnen zum Unterrichtsbudget drauf, bei genauerer Betrachtung ein „Solidaritätsopfer“ fürs Gesamtbudget, als Ausgleich für die fehlenden Steuereinnahmen aus Vermögen, Stiftungen, Spekulation ...

Vizekanzler Pröll hat in seiner Budgetrede betont, dass dieses bis vor kurzem nicht für möglich gehaltene Opfer einer ganzen Berufsgruppe im öffentlichen Dienst vorbildlich sein wird für andere Beschäftigtengruppen. „Wir zahlen für eure Krise“, hat er nicht gesagt.

---

## BILDUNGSREFORM 2009 ff

Weiterarbeit ist notwendig, auch in Gewerkschaft und Personalvertretung: Auf eigene Gefahr, solidarisch und demokratisch! Die begonnene Schulreform, die Ministerin und die Motivation der LehrerInnen sind beschädigt. Die Finanzierung eines Notprogramms 2009/2010 für Schulbetrieb und Schulreformansätze ist vermutlich gesichert. Aber ohne die von ÖGB, EBG, Attac, NGOs und Sozialforen getragene offensive Gegenbewegung zur ungeordneten Fortsetzung der Umverteilung von Reich zu Arm, wird es eine andere Budget- und Steuerpolitik nicht geben. In der SPÖ, vielleicht auch in der ÖVP brechen Widersprüche auf, nicht nur in der Frage der Reichensteuern.

An den Schulen ist der Jahrzehnte alte Reformstau nicht behoben. Mehr Geld für Bildung ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Die Inhalte notwendiger Reformen betreffen äußere und innere Organisation, offene und projektorientierte Lernformen ebenso, wie großzügige Schulbauten, Schulgärten, Sportanlagen, Bibliotheken, Thea-

ter und Freizeiträume oder Konferenz- und Besprechungs-, Arbeits- und Ruheräume für LehrerInnen und Schulpersonal. Engagierte LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, ErzieherInnen und KindergärtnerInnen sind weiterhin gefragt, alte und junge. Die Beseitigung landesherrlich-feudal anmutender Parallelstrukturen in der Schulverwaltung, ein die tatsächliche LehrerInnenarbeit abbildendes gemeinsames BundeslehrerInnen-Dienstrecht oder die Universitätsausbildung (Master) und die entsprechende Bezahlung für alle LehrerInnen stehen immer noch unerledigt auf der bildungspolitischen Tagesordnung. In der GÖD hat die für einige Wochen geübte Zusammenarbeit der fünf LehrerInnengewerkschaften am strukturellen Neben- und Gegeneinander noch nichts verändert. Die ARGE LehrerInnen braucht eine verbindliche Geschäftsordnung und Koordinations- und Verhandlungskompetenzen. Die LehrerInnen brauchen eine gemeinsame und demokratisch geführte Bildungsgewerkschaft.

Von Gewerkschaftsdemokratie sind die fünf LehrerInnengewerkschaften trotz der Abstimmung über die Streikbereitschaft (nicht über einen Streikbeschluss) noch entfernt: Der ÖLI/UG-Antrag auf einstündige Betriebsversammlungen am Tag der abgesagten Großdemonstration wurde von FCG-Mehrheit und FSG abgelehnt. Inhalt dieser Betriebsversammlung sollten Information und Beratung über den ausverhandelten Kompromiss sein, dem der ÖLI/UG-Vertreter im 16-köpfigen Verhandlungsteam zugestimmt hat, und die Abstimmung über die Annahme dieses Ergebnisses.

Der Antrag wurde von der FCG-Mehrheit und der FSG abgelehnt. Die Trennung von Parteipolitik, Karriere-Ambitionen und Interessensvertretung ist in der Gewerkschaft bis auf weiteres so wenig selbstverständlich wie ihre Vereinbarkeit für den Vorsitzenden der GÖD selbstverständlich ist. Mehrheitsverhältnisse verändern ist notwendig. Die nächsten Personalvertretungswahlen sind Ende November 2009.

---

## EPILOG: SCHÜLERINNEN STREIKEN IN ECHT

Ein landesweiter SchülerInnen-Streik am 20. April 2009 wurde von linken

SchülerInnengruppen und SchulsprecherInnen organisiert und verstand sich als Demonstrationstag für Schulreformen, für ein höheres Bildungsbudget und als solidarischer Beitrag zum Arbeitskampf der LehrerInnen. „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ Einige tausend SchülerInnen haben sich beteiligt.

Auch die 60.000 SchülerInnen am 24. April, die einen Tag nach der abgesagten Großdemonstration der LehrerInnen ihr Demonstrationsrecht wahrgenommen haben, zeigten dass die Streikbereitschaft der LehrerInnen und die veröffentlichte Empörung darüber eine unbeabsichtigte Nebenwirkung gehabt haben. Die SchülerInnen waren von der neuerlichen Androhung unentschuldigter Stunden und entsprechender Betragennoten wenig beeindruckt. Kollektiv gelebte Zivilcourage statt Anpassung, diesmal als Massenbewegung.

Die Kehrseite der von der ÖVP-nahen Schülerunion ausgerufenen Demonstrationen war die Orientierungslosigkeit vieler TeilnehmerInnen. Auch die Orientierungslosigkeit hat mit der Art der Mobilisierung für den Protest- und Demonstrationstag durch die FCG-geführten LehrerInnengewerkschaften zu tun. Die protestierten gegen jede Lehrpflichterhöhung, aber nicht für mehr und bessere Bildung, für eine offensive Bildungsbudgetpolitik, soziale Umverteilung und Vermögenssteuern. Losungen der SchülerInnen wie „Nehmt uns nicht die Ferien!“, „Kein Tag Schule dazu, Schmied lass uns in Ruh!“ oder „Lehrer haben uns verraten!“ können als Symptom für Frustration und Unbehagen mit der österreichischen Schule, wie sie heute ist, genommen werden, als Zeichen für die dringende Notwendigkeit einer großen Schulreform.

---

\*) ÖBG-Resolution vom 19. März 2009 für Vermögenssteuern, für das Schaffen zusätzlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, für Schulreformen und ihre ausreichende Finanzierung durch die Bundesregierung, für die Stärkung des staatlich organisierten Pensionssystems ...

Die Schule spiegelt die gesellschaftlichen Bedingungen und ist deshalb auch ein Kampffeld sozialer Auseinandersetzungen.

Die neue Fachgruppe Bildung des Denknetzes Schweiz stellt darin grundsätzliche Fragen.

Von Linda Stibler.

# WAS SOLL BILDUNG?



**N**icht für die Schule, für das Leben lernen wir“, hieß es früher. Das war einmal. Die Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche macht auch vor der Bildung nicht halt: Pisa, Bologna, freie Schulwahl, lebenslanges Lernen – Schlagworte, die sich in unserm Denken einzunisten beginnen. Wenn allerdings die Erziehung zu selbstständigem Denken nicht länger im Vordergrund steht, sondern Bildung dem Diktat der Markttauglichkeit unterworfen wird, droht Gefahr. Sind wir auf dem Weg zurück in die selbstverschuldete Unmündigkeit, aus der uns die Aufklärung einst zu befreien suchte?

In einer Radiosendung über die anstehenden Reformen im Schulwesen sprach ein Pädagoge kürzlich vom „Überlebenswettbewerb“. Mit dem Ausdruck unterstrich er, dass mehr Leistung und Konkurrenz in der heutigen Zeit notwendig und im Interesse der Kinder sind. Ich dachte, ich höre nicht recht. Kann einer, der sich mit Bildung und Erziehung befasst, sich derart in seiner Wortwahl vergreifen?

Aber sie ist folgerichtig: Die neoliberale Ideologie ist im Begriff, auch das Bildungswesen zu dominieren. Wer nicht am Konkurrenzkampf teilnimmt, dessen Existenz ist bedroht, und dessen Kinder werden als Erwachsene weder Arbeit noch Auskommen haben. Und

alle glauben es: die verängstigten Eltern, die verunsicherten Lehrer, die Bildungspolitikerinnen und und ...

Bildung und Erziehung sind beinahe ausschließlich auf das Berufsleben fokussiert, als ob das Leben nur aus (Lohn-)Arbeit bestehen würde! Man redet nicht mehr von Bildung, sondern von Ausbildung. Und auch die Grundschule soll bereits darauf ausgerichtet werden, sogar der Kindergarten bleibt nicht verschont.

Bildung muss auch dazu dienen, sich zu orientieren, sein Leben in mancherlei Hinsicht zu gestalten.

## BILDUNG HEISST ORIENTIERUNG

Doch wir müssen die Frage nach Bildung stellen. Was soll Bildung? Das ist der Ausgangspunkt aller Überlegungen zu Schule, Bildung und Beruf, Lebensgestaltung und zu sozialem Zusammenhalt. Welche Bildung brauchen die Menschen – alle Menschen – heute und morgen? Bei Kindern und Jugendlichen ist diese Bildung auf die Zukunft hin angelegt. Aber in eine Zukunft, die mit Sicherheit nicht vorausgesagt werden kann und die möglicherweise ganz anders aussehen wird als die Gegenwart.

Auch in der heutigen Zeit ist das Bildungsbedürfnis der Menschen keineswegs beschränkt auf das berufliche Fortkommen, so oft man das auch suggeriert. Bildung muss auch dazu dienen, sich zu orientieren, sich neue Horizonte zu erschließen, sein Leben in

mancherlei Hinsicht zu gestalten. Das ist für den Einzelnen und für das Funktionieren einer sozialen Gemeinschaft überlebenswichtig.

Der Fokus der neoliberalen Wirtschaft hingegen liegt auf der Verwertbarkeit von Bildung. Sie möchte möglichst gut ausgebildete, brauchbare Arbeiterinnen und Angestellte zu möglichst günstigen Bedingungen. Die Konkurrenz und die Hierarchien – auch die extrem gestiegenen Lohnhierarchien – sind das Instrument zur Anpassung und schließlich zur Selektion und zur Disziplinierung: Ausgebildete Leute, nicht zu verwechseln mit gebildeten Leuten, haben eine Leistung erbracht, die honoriert werden muss. Also müssen diese Leute auch gut verdienen. Zudem sind sie kostbar, weil sie möglicherweise abgeworben werden können. Also muss man ihre Loyalität vergolden. Die Übrigen, die im Wettbewerb nicht mithalten können, sollen sich mit niedrigen Löhnen begnügen, möglichst mit extrem niedrigen. Solange das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit über ihnen hängt, werden sie sich fügen.

Bildung kostet. Das Geld dazu soll in jedem Fall der Staat zur Verfügung stellen, notfalls auch die Bildungswilligen selbst oder ihre Familien. Doch wie und was da gelernt wird, bestimmen nicht etwa die Gesellschaft oder die Pädagoginnen, sondern es wird weitgehend vom Arbeitsmarkt diktiert. Denn die Wirtschaft ist, in ihrer Sprache, die Abnehmerin der Schulabgängerinnen.

Sie urteilt nach dem Brauchbarkeits- oder Nützlichkeitsprinzip. Unter diesem Gesichtspunkt scheint es doch logisch, dass die Abnehmerinnen dieses Menschenmaterials auch die Inhalte der Bildung oder Ausbildung bestimmen.



### UNGERECHTE GUTSCHEINE

Auch aus dieser Sicht ist unbestritten, dass alle zur Schule gehen sollen. Aber schon bald sollen die besonders Begabten, Intelligenten oder gut Angepassten ausgesondert werden in höhere Schulen, die auch mehr kosten dürfen. Noch ist umstritten, ob zur Elitebildung oder zur Erhaltung des familiären Status nicht Privatschulen die bessere Lösung wären. Solche Schulen wären aber noch kostspieliger als staatliche Institutionen, und daher soll der Staat einen angemessenen Beitrag leisten. Bildungsgutscheine heißt das Zauberwort. Und zur Durchsetzung dieses sozial ungerechten Plans schiebt man jene privaten Bildungsinstitutionen vor, die tatsächlich für Kinder mit besonderen Begabungen oder Schulproblemen einen nützlichen Beitrag leisten.

Die Vorstellung, dass der Staat – oder das Gemeinwesen – die Aufgabe der allgemeinen Bildung zu tragen hat und dass alle Kinder respektive ihre Eltern einen gewissen Anspruch auf Allgemeinbildung geltend machen können, ist eine Errungenschaft der Französischen Revolution. In der bürgerlichen Gesellschaft wurde sie realisiert. Und war und ist in dieser Ausformung immer ein Abbild der (Klassen-)Gesell-

schaft. Sie trägt immer das Doppelgesicht von Chancengleichheit und Elitebildung. Die gesellschaftlichen Bedingungen wurden quasi automatisch in den öffentlichen Schulen abgebildet und waren deshalb auch immer Kampffeld sozialer Auseinandersetzungen. Es ist wichtig, sich dieser Tatsache bewusst zu sein.

### KEIN RECHT DES STÄRKEREN

Letztlich kann man sich immer die unbeantwortbare Frage stellen, ob die Gesellschaft die Bildung verändert oder umgekehrt die Bildung die Gesellschaft. Unbestreitbar kommt der Bildung in der gesellschaftlichen Entwicklung eine Schlüsselfunktion zu. Der Kampf um bessere Bildung für alle, aber auch die Anforderungen einer immer

technisierteren und komplexeren Welt haben in gewissen Phasen dazu geführt, dass die Chancengleichheit tatsächlich größer wurde. Doch die neoliberale Ideologie mit ihrem verabsolutierten Credo des Rechts des Stärkeren (des „Intelligenteren“, des Leistungsfähigeren) versucht diese Chancengleichheit neu zu definieren und damit die immer maßloser werdenden Ansprüche einer kleinen Elite zu legitimieren.

Im Gegensatz zu früheren bürgerlich-liberalen Ideologien verzichtet diese Elitebildung auf den humanistischen Anspruch. Ob ein solches Vorhaben auf die Dauer funktioniert, steht auf einem ändern Blatt. Denn auch die Fragen nach einem vertretbaren Menschenbild

und nach Gerechtigkeit können nicht einfach weggeblasen werden.

Es ist höchste Zeit, sich zur Wehr zu setzen. Mensch mag mir jetzt vorhalten, ich würde übertreiben und Schwarz-Weiss-Malerei betreiben. Ich denke, sie ist notwendig.

### FRAGESTELLUNGEN

Die Fachgruppe Bildung des Denknetzes wird sich unter anderem mit folgenden Punkten auseinandersetzen:

- Am Anfang aller bildungspolitischen Diskussionen sind gesellschaftspolitische und philosophische Fragen zu stellen: Was braucht ein Mensch, um sein Leben seinen Möglichkeiten entsprechend selbst gestalten zu können? Was stärkt seine Demokratietauglichkeit? Was emanzipiert? Was kann ihn als ganzen Menschen weiterbringen? Welchen Stellenwert hat die Arbeit? Welche Menschen braucht eine Gesellschaft, damit sie längerfristig nicht nur überleben, sondern gut leben kann?
- Was heißt Allgemeinbildung? Was müssten alle wissen oder können, damit sie einen Überblick über die immer komplexer werdende Welt erhalten? Was ist Intelligenz? Braucht es Selektion? Und wann hätte sie allenfalls zu erfolgen?
- Grundsätzlich: Wie weit muss Bildung ein Service public sein und bleiben? Wo dagegen kann man sie gestrost der privaten Initiative überlassen? Und wo soll diese von der öffentlichen Hand unterstützt werden?

Quelle: WOZ – Wochenzeitung, Schweiz.



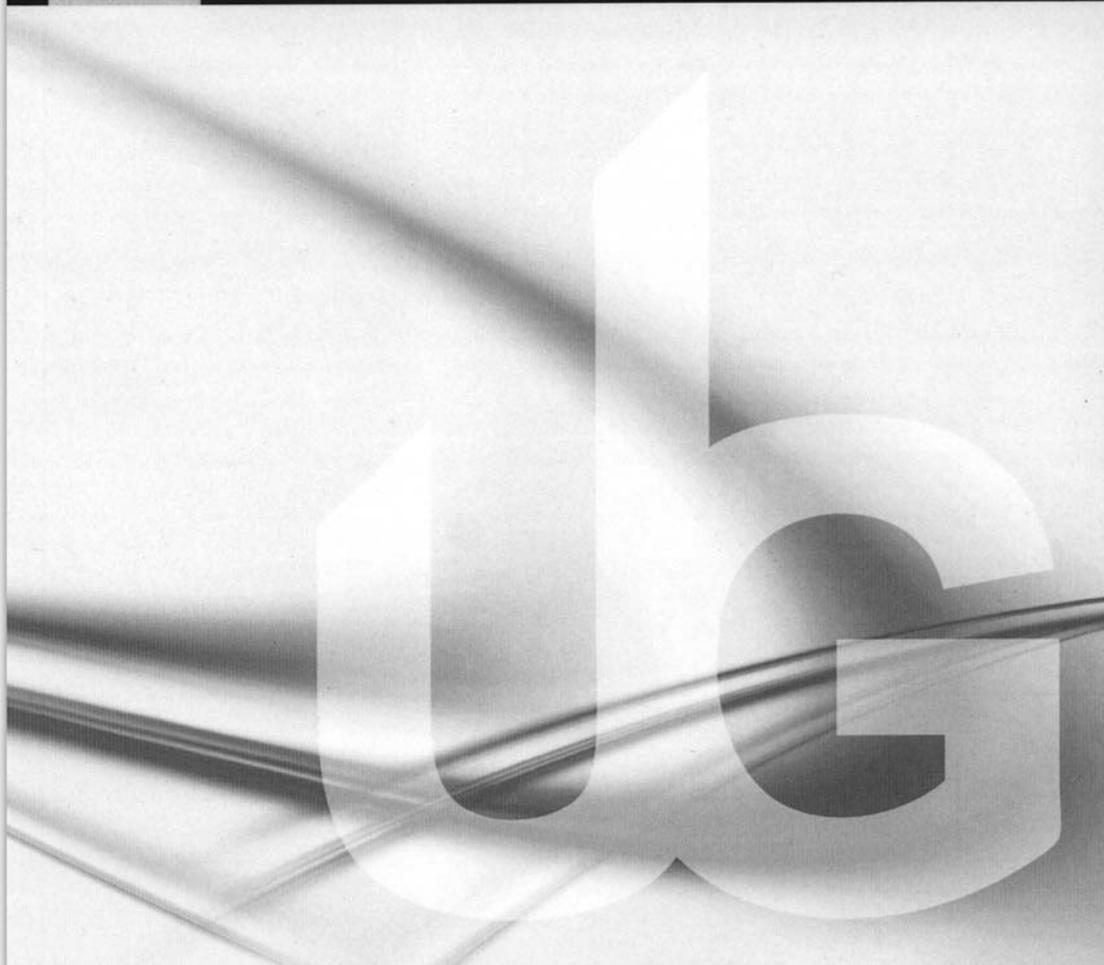
VOGB | AK | ÖSTERREICH

Alfred Bastecky

Die Unabhängigen im ÖGB

3

Politik und  
Zeitgeschehen



Bestellungen bitte über ÖGB-Bildung, Margarita Skalla, Laurenzberg 2, 1010 Wien, Telefon: 534 44-444 oder Fachbuchhandlung, Peter Prochazka, Rathausstraße 21, 1010 Wien, Telefon 405 49 98-139.